

Leipziger Volkszeitung

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abohrenspris für einen Monat einschließlich Versandkosten 6.— Mf. bei Selbstabholung 5.50 Mf. Durch die Post bezogen jährlich 18.— Mf. für einen Monat 6.— Mf. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — Postkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 18883. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4506

Interatenpreis: Die 7 geblattete Kolonialzeile oder deren Raum 1.00 Mf.
bei Platzwirtschaft 2.30 Mf.; Familiennachrichten, die 7 geblattete Zeile 1.70 Mf.
Reklame-Kolonialzeile 7.50 Mf. — Telefon für die Interaten-Abteilung 2721
Schluß der Interaten-Annahme für die tägliche Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die internationale Demonstration des 13. März.

Wien.

Wien, 13. März. In verschiedenen Stadtteilen Wiens fanden heute Massenversammlungen mit der Parole: „Gegen Imperialismus und Kapitalismus“ statt, in denen sozialistische Abgeordnete Reden über die wichtigsten Entwicklungen der ersten internationalen sozialistischen Konferenz hielten. Die Reden gaben in ihren Ausschüttungen auch den Märzenfallen. Den härtesten Beschluß wies die Versammlung in der Volkshalle auf. Der Andrang war so groß, daß vor dem Rathaus eine Parallelversammlung abgehalten werden mußte. Die hier von Professor Hartmann gehaltene Rede, in der er darauf hinwies, daß die Sozialdemokraten Deutscherreichs gewählt seien, die Leidenschaften des deutschen Volkes mitzutragen, gab Anlaß zu andauernden stürmischen Sympathiebekundungen für Deutschland. Die Teilnehmer an der Versammlung in der Volkshalle zogen sodann zur Universität, wo die Abgeordneten Kieger und Glöckel gegen die durch deutschnationale Studenten verursachte Störung der gestern von sozialdemokratischen Studenten im kleinen Festsaal der Universität veranstalteten Märzenfallen protestierten. Abg. Glöckel betonte, daß die Arbeitschaffensgewissheit sei, für die Freiheit der Wissenschaft einzutreten und es zu verhindern wären, werde, daß der freie Geistliche Gedanke durch Schranken eingeschlossen werde. Sämtliche Versammlungen verließen in vollster Ruhe.

Englische Drohungen.

Wirtschaftliche Blockade.

Berlin, 13. März. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Deutsche Allgemeine Zeitung meldet aus London: „In der wacklen Regierung des Einflusszollgelehrten erklärte der englische Finanzminister Chamberlain, daß das Gegebe weitere wirtschaftliche Blockaden enthalten müsse. Wenn die Deutschen sich nicht bereit erklären würden, mit den Alliierten in der Wiederaufbaufrage zusammenzuarbeiten oder annehmbare Vorstöße unterbreiten würden die Alliierten imstande sein, eine wirtschaftliche Blockade von einer solchen Schwere durchzuführen, die die deutsche Regierung schon zur Vernunft bringen werde.“

Diese Drohungen zeigen, wie notwendig es ist, daß die Reichsregierung die Forderung unserer Partei erfüllt, jede Gelegenheit zur Anknüpfung neuer Verhandlungen auszunützen. Die Hauptlast einer solchen wirtschaftlichen Blockade würde auf die Arbeiterschaft fallen in Form weit ausgebreiteter Arbeitslosigkeit. Und daß die „nationalen“ Parteien, die jetzt zum Durchhalten aufrufen und den Bruch mit der Entente unheilbar machen möchten, bereit wären, den Arbeiterschaft ausreichende Unterstützungen zu zahlen und die häßlichen Bestimmungen zu beseitigen, die ihnen nach dieser Zeit das Bezugtrecht nehmen, das wird niemand annehmen, der die deutsche Bourgeoisie kennt. Die will nicht die Forderungen der Entente abweisen, um solche der Arbeiterschaft zu erfüllen. Sie kann es ja eine Zeitlang aushalten und die Arbeiter — die haben die Pflicht, für die Kapitalisten zu hungern!

Vor Arbeiterausrückungen in den neu besetzten Gebieten?

Passive Resistenz der Unternehmer?

Paris, 13. März. (M.T.B.) Mit auffallender Gleichmäßigkeit und sichtlich im Dienste der Stimmungsmache berichten die Sonderberichterstatter der Pariser Blätter, die sich in den neu besetzten Städten aufzuhalten, von der Möglichkeit, die von Arbeiterausrückungen. Der Berichterstatter des Journal spricht von verbüchtigen Sendungen, die die Fabriken durchdringen, um die Arbeiter gegen Frankreich auszuhängen. So berichte man aus Arbeiterschlössern in Hamborn von einer gewissen Ereignung; sie sei entstanden, weil man behauptete, die Arbeiterschlösser würden dem nächsten Schleichen. Einige Persönlichkeiten der Entente, die ihre Funktionen nach Pruisburg führen, sollen dem Berichterstatter diese Nachrichten bestätigt haben. Sie vindigten die Möglichkeit ernster Ereignisse an.

Der Berichterstatter des Petit Parisien spricht ebenfalls davon, daß möglicherweise in den nächsten vierzehn Tagen 100000 Arbeiter in Düsseldorf und Umgegend arbeitslos sein könnten. Er behauptet, bestätigen zu können, daß die lokalen Gewerkschaftsführer den Alliierten annehmlich Maßnahmen vorausgesagt hätten, die die Grundlage für eine Arbeitspolitik der Alliierten in den neu besetzten Zonen abgeben könnten.

Auch General Beraut, der für Denre als Sonderberichterstatter nach der neuen Besatzungszone erfahren ist, will von Auswertungsberichten erfahren haben. Er spricht von einer wirtschaftlichen Revanche, die genommen werden soll.

Wir hoffen, daß das W.T.B., das die Nachrichten der französischen Blätter als Stimmungsmache bezeichnet, recht behält, wollen es aber nicht unterschlagen, darauf hinzuweisen, daß von den Kreisen, zu deren Anhängern viele Unternehmer zählen, eine verbrecherische Propaganda getrieben wird, die Zwangsmassnahmen der Alliierten mit passiver Resistenz zu beantworten. Es sei den Herrschäften mit aller Deutlichkeit gesagt, daß die Arbeiter nicht gewillt sind, zuzulassen, daß der Kampf zwischen der Bourgeoisie der Entente und der Deutschlands auf ihrem Rücken ausgetragen wird, und daß sie kein Mittel scheuen wird, um einen solchen Plan, der den Unternehmern angesichts der schlechten Konjunktur sehr zusätzliche Komplexe zu machen.

Hamborn in das Besitzungsgebiet einbezogen.

Berlin, 13. März. Die Nachricht, daß die Stadt Hamborn von belgischen Truppen in das neue Besitzungsgebiet einbezogen worden sei, scheint nach den hier vorliegenden Meldungen richtig zu sein. Allerdings haben die Alliierten darauf verzichtet, den Ort selbst mit Truppen zu belegen, da sie offenbar wegen der radikalen politischen Gesinnung der dortigen Arbeiterschaft einigte Vorgriffe haben. Der Belagerungsaufstand ist aber über den Ort verhängt worden; ebenso wurde die Abgabe sämtlicher Waffen bis heute abend 6 Uhr angeordnet. Eine Liste sämtlicher ehemaligen aktiven und Reserve-Offiziere mußte sofort eingereicht werden.

Die Folgen der Orgesch-Politik der Reichsregierung.

Berlin, 13. März. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Wie unser Berliner Korrespondent erfährt, ist man in über die Absichten der Entente orientierten Kreisen in Berlin der Meinung, daß, da das Entwaffnungsgesetz nicht bis zum 15. März rechtzeitig verabschiedet ist, die Gefahr weiterer Sanktionen besteht. Es ist anzunehmen, daß die Alliierten sich entschließen werden, weitere militärische Sanktionen durchzuführen. Neben die neu zu besetzenden Städte ist hier in Berlin nichts bekannt, doch liegt es nahe, daß wieder die Besetzung Frankfurt oder aber ein Vorstoß über Mannheim nach bayrischem Gebiet erfolgt.

Das deutsche Volk könnte also die Abwendung der reaktionären Reichsregierung, rechtzeitig gegen die Orgesch vorzugehen, mit schweren neuen Kästen beahlen müssen.

Das Urteil im Alcock-Prozeß.

Breslau, 13. März. (T.U.) In dem Prozeß gegen den Oberjäger Bischoff, Unterkommandant Breslau und Offiziersstellvertreter Walter lautet das Urteil gegen Walter wegen schwerer Körperverletzung in zehn Fällen auf 3 Jahre 6 Monate Gefängnis, gegen Bischoff ebenfalls wegen Körperverletzung in zehn Fällen auf 4 Jahre Gefängnis und gegen Breslau wegen gefährlicher Körperverletzung in fünf Fällen auf 2 Jahre 6 Monate Gefängnis. Mildernde Umstände wurden den Angeklagten versagt, vielmehr wurde die Roheit, mit der die wehrlosen Gefangenen behandelt worden waren, als Straftatbestand bezeichnet.

Weitere antisemitische Ausschreitungen in Wien.

Wien, 14. März. (T.U.) Gestern haben hier Versammlungen der Antisemiten stattgefunden. Nach dem Schluß kam es in der Ringstraße zu ersten Ausschreitungen. Bei einer Reihe von Geschäftsräumen wurden die Fensterscheiben eingeschlagen und von der Straßenbahn die Leute heruntergeholt, die man für Juden hielt, und mishandelt. Frauen und Mädchen wurden beschimpft. Ein Versuch der Antisemiten, in die Leopoldstraße einzudringen wurde von der Polizei vereitelt. Es wurden 25 Verhaftungen vorgenommen.

Bevorstehende Unterzeichnung des russisch-polnischen Friedensvertrags?

OE. Warschau, 14. März. Am Sonnabend verbreitete sich hier die Meldung, daß die Rigauer Sowjetdelegation ihre Verhandlungstatigkeit aufgegeben und den Termin der Unterzeichnung des Vertrages für den 17. März formell vereinbart habe. Nach heutiger Auffassung hat Jossif unter den Zwang der Umstände nachgegeben und dies wird als Symptom der heftigen Lage der Sowjetregierung betrachtet. Man glaubt, Jossif habe das Zugeständnis in bezug auf den Termin gemacht, weil er befürchtete, bei weiterer Verzögerung größere Konsequenzen hinsichtlich der Vertragsbedingungen machen zu müssen. In der Hauptfrage des Goldantrags soll es tatsächlich bei dem sowjetrussischen Vorschlag bleiben, wonach Polen einen Reichsbahnanteil in Höhe von 30 Millionen Goldrubeln erhält nebst einem noch zu erörternden Äquivalent für den Eisenbahnverkehr. Nach den letzten Nachrichten ist der ursprünglich vereinbarte Termin für die Unterzeichnung des Friedensvertrages auf den 19. März verschoben worden.

Die anbrechende Woche wird in Warschau mit höchster Spannung erwartet. Abgesehen davon, daß man von ihr die Unterzeichnung des Rigauer Friedens erhofft und die oberflächliche Abstimmung bevorsteht, erfolgt vom Dienstag bis Freitag die entscheidende Dreiteilung der Verfassung. Endlich ist das öffentliche Interesse in hohem Maße der Wilnaer Frage zugewandt, denn nunmehr ist die Zustimmung der polnischen Regierung zu dem Völkerbundsvorschlag erlost, die Wilnaer Frage zunächst in direkten polnisch-litauischen Verhandlungen unter dem Vorstoss von Hunsman in Brüssel zu beraten. Im Wilnaer Gebiet beginnen, ungeachtet der vom Völkerbundsrat gestellten Bedingungen die Vorbereitungen für die Wahlen zum mittellitauischen Sejm. Zeligowski hält sich zur Zeit in Warschau auf und ist im Stadtparlament als Ehrenbürger Warschaus beglückt gesetzt worden.

Englische Blutjustiz in Irland.

Paris, 14. März. Nach einer Meldung des Temps aus Dublin wurden heute früh sechs zum Tode verurteilte Stimmen gehängt. Vor dem Gefängnis hatte sich eine Menschenmenge von etwa 25000 Personen versammelt. Bis 12 Uhr ruhte die gesamte Arbeit zum Zeichen der Trauer.

Der Aufstand in Kronstadt.

Von D. Dalin.

Die letzten Nachrichten aus Russland bringen einige Klarheit in die Geschichte des Aufstandes von Kronstadt.

War es eine Verschwörung oder war es ein Aufstand? Handelt es sich um eine spontane Massenbewegung unzufriedener und enttäuschter Arbeiter und Matrosen, oder war es ein durchdachter und vorbereiteter Plan reaktionärer Elemente zum Sturz der Sowjetregierung? Auf diese äußerst wichtige Frage geben die vorhandenen Nachrichten eine klare Antwort.

Ein amtliches Radio aus Moskau schildert den Gang der Bewegung folgendermaßen: Am 28. Februar haben die Männer des Panzerkreuzers Petropavlovsk eine Resolution angenommen, deren Inhalt nicht übermittelt, die aber als „reaktionär“ bezeichnet wird, weil sie eine Neuwahl des Matrosen-Sowjets verlangt. Offenbar wollten die Matrosen neue Vertreter statt Kommunisten in den Sowjet entsenden. Dem Verlangen haben die Kommunisten nachgegeben, heißt es weiter im Radio, wollten aber entschieden, daß die Wahlen in einem Saal in Kronstadt stattfinden; die „gegnerrevolutionären Elemente“ (d. h. parteilose Matrosen) wollten dagegen die Wahlen auf dem Schiff vornehmen. Und am 2. März brach auf dem Petropavlovsk ein Aufstand gegen die Regierung aus.

Ein Leser, der die Verhältnisse nicht ganz genau kennt, muß studieren. Wie, ein Aufstand und ein zehntägiger blutiger Kampf wegen der ganz kleinen Frage, wo das Wahllokal liegt? Aber der Moskauer Bericht enthält mehr Wahrheit, als der unsichere Leser ihm zu schenken geneigt wäre. Die Matrosen wurden vor die Frage gestellt, ob sie freie Wahlen zum Sowjet haben oder sich einen Wahlbruch von der herrschenden Partei gefallen lassen wollten. Müssten sie im Sowjet den Kommunisten das Oberbaustuhl verpassen, oder haben sie das Recht, den Sowjet aus andern, d. h. parteilosen Vertretern zu bilden? Die Organisation der Wahlen, dieser oder jener Saal als Wahllokal, diese oder jene Kontrolle und dergleichen gehören zu den üblichen Mitteln der Wahlmache in Russland. Und es steht auch absolut sicher — was im Moskauer Radio allerdings verschwiegen ist —, daß zwischen den beiden Terminen, zwischen dem 28. Februar und dem 2. März, Verhaftungen vorgenommen waren, um die Führer der parteilosen Matrosen für die Wahlperiode „unschädlich“ zu machen. Dies ist sicher der letzte Funken gewesen, der zu der großen Explosion führte.

Es ist das klassische Bild eines Aufstandes, der ganz von selbst aus des Volkes Mitte, ausbricht. Gewiß, es gibt in Russland „unterrevolutionäre“ Elemente genug. Gewiß, französische und englische Spione sind nicht wenig in Petrograd. Aber der ganze Gang der Ereignisse zeigt jedem unvoreingenommenen Menschen, daß die Bewegung in Kronstadt mit derartigen Einfällen nichts zu tun hatte. Es war nicht ein Aufstand gegen die Sowjets, sondern für die „freien Sowjets“, gegen Parteidiktatur.

Und diesem Gedanken von den „freien Sowjets“ als Staatsgewalt — einem Gedanken, der aus dem Jahre 1917 von Lenin kommt —, sind die Aufständischen auch weiterhin treu geblieben. In seiner Zeitung schreibt das Aufstandskomitee am 8. März: „Wir werden freie Wahlen zu den Sowjets herstellen. Wir streben an eine Vereinigung der Arbeiter, Bauern und der werktätigen Intellektuellen.“ Und in einem Radio, das von Kronstadt ausgesendet wird, protestiert das Komitee gegen die „konterrevolutionäre Legende“ und erklärt: „Es ist Trotski, der den Willen der arbeitenden Bevölkerung unterdrückt.“ Trotski — an kein Wort über Lenin! Die Bewegung ist mit bolschewistischem Ideengang stark verbunden. Nicht nur von einer Monarchie, sondern auch von der Konstituante ist bei den Aufständischen keine Rede.

Man darf aber dabei eine Gefahr nicht übersehen. General Koslowsky, der scheinbar an der Spitze steht, ist gewiß kein Agent der englischen oder französischen Regierung. Daß aber ein General und nicht eine politische Partei die Bewegung leitet, ist eine Errscheinung negativer Art. Falls der Aufstand mit einem Sieg endet, kann die Staatsmacht in die Hände militärischer Gruppen übergehen, die ein freiheitliches Regime kaum errichten werden; sie haben zu wenig Geschick und Verständnis dazu. Von einer Wiederaufrichtung des alten Regimes kann auch in diesem Fall keine Rede sein: die Bauernarmee Russlands wird es nicht zu lassen, und ihre Führer werden es auch nicht einmal versuchen. Daß aber ein Bonapartismus daraus aufwächst — ist möglich, ja sogar wahrscheinlich, falls die demokratischen und sozialistischen Kräfte zu schwach sind, um eine derartige Entwicklung zu verhindern.

Man merkt aber auch, welche Verwandtschaft besteht zwischen den politischen Forderungen der aufständigen Matrosen und den Oppositionsrichtungen, die in den letzten Monaten innerhalb der bürgerlich-wirtschaftlichen Partei hervorgetreten sind. Das Festhalten am Terror nachdem der Krieg zu Ende ist, und die schreckliche wirtschaftliche Situation haben neue starke Strömungen unter den kommunistischen Arbeitern Russlands hervorgerufen. Es ha-

Seien sich bereits neue geschlossene Fraktionen organisiert und sie seien der Parteileitung starke Opposition entgegen. Die eine dieser Gruppen z. B. hat sich den Namen gewählt „Demokratischer Zentralismus“ -- sie macht Front gegen „bureaucratischen Zentralismus“ --, den sie in Trotski verdeckt sieht. Die andre Fraktion heißt „Arbeiter-Opposition“; Sie will dagegen kämpfen, daß die Arbeiterschaft, sogar die kommunistische Arbeiterschaft, von jeder Mitbestimmung in den politischen Fragen ausgeschaltet wird. Viele Gewerkschaftsführer gehen Hand in Hand mit diesen Fraktionen, weil sie größere Rechte und mehr Freiheit den Gewerkschaftsorganen erzielen wollen. Und vergleichen wir diese Fronten mit kommunistischer Minderheitsfraktionen mit dem Programm der Russland, so werden wir doch manche Verschiedenheit viele Verführungspunkte sehen!

Und damit hängt auch die Frage zusammen, welche Aussichten der Aufstand haben kann. Einen Erfolg könnte er nur in dem Falle haben, wenn es ihm gelingt, ähnliche Bewegungen unter der Arbeiterschaft und der Roten Armee hervorzurufen und mit analogen Strömungen im Lande Führung zu nehmen. Um Erfolg zu haben, muß er die politisch aktiven Elemente der Arbeiter an sich reißen. Es hängt vieles davon, ob dabei die kommunistische Front durchbrochen wird, und ob die kommunistische Opposition, die wie die Russland ein Regime freier Sowjets anstrebt, sich entweder an ihre Seite schlägt oder mindestens im Kampfe neutral bleibt, um später mit den Siegern zusammenzugehen. Gelingt es aber Lenin, die kommunistische Einheitsfront gegen Kronstadt mobilzumachen und dadurch auch die Herrschaft über die Armee in seinen Händen zu erhalten, so wird die Bewegung wahrscheinlich unterdrückt -- allerdings nur für eine gewisse Zeit.

Der Aufstand wird also unterdrückt und Kronstadt wird eingenommen, wenn im Volke die Oppositiobewegung nicht stark genug ist. Oder aber es entwickelt sich in diesem Falle der Aufstand zu einer auswärtigen Intervention, und hier liegt wieder eine rote Gefahr für die Bewegung. Es sind bereits Kräfte an der Arbeit, um die Bewegung in das interventionistische Fahnwasser zu senken.

Die Initiative kommt auch diesmal von russischen Emigranten her. Herr Kedrin, von der Kadettenpartei, hat von Paris aus am 7. März dem amerikanischen Präsidenten Harding einen Telegramm geschickt mit der Bitte um Verproviantierung der Russland und dabei hinzugefügt, er hoffe, „der Kampf mit der bolschewistischen Unterdrückung werde einen aktiven und kräftigen Verstand finden im Lande der aufrichtigen Demokratie“. Herr Makaroff, der sich immer noch „Gesandter“ nennt, weil er alle gestützten reaktionären Regierungen im Ausland vertreten hatte, geht mit derselben Bitte zur französischen Regierung. Die sogenannte „parlamentarische Kommission“, ein andres politisches Organ der russischen Emigration, richtet die gleiche Bitte an die Regierungen der Entente. Der Verband der russischen Industriellen und Bankiers im Ausland, wie auch die französische Regierung, entdecken nun plötzlich in ihrem Herzen eine heiße Liebe für die Matrosen von Kronstadt, für die man während vier Jahren die stärksten Schimpfwörter, die es im russischen Lexikon gibt, immer noch nicht stark genug gehalten hat!

Diese russischen Politiker wollen die Welt glauben lassen, daß die Matrosen nichts weiter brauchen als die Hilfe von auswärts. „Nur das Ausland kann helfen und retten“, schreibt der Berliner „Ruf“. „Greift die Bewegung weiter um sich, so wird es schwer sein, ohne ausländische Hilfe und Einwirkung auszukommen.“ Und mancher blickt schon wieder hoffnungsvoll auf die Heberlein des Armees, die General Wrangel bei seinem Zusammenbruch in der Klemmer außer Land bringen konnte. General Wrangel hält dieser Tage eine Ansprache an seine Soldaten, in der er sagt, er habe „neue, günstige Nachrichten“ erhalten und hege darum die Hoffnung, daß nach zwei Monaten die ganze Armee wieder auf russischem Boden stehen wird. „So werden uns neue Mittel gegeben und neue Möglichkeiten für einen Kampf um die Befreiung Russlands.“ Das französische Kriegsministerium hat selbstverständlich aus diesem Anlaß erklärt, Frankreich werde neue antibolschewistische Kriegsoperationen nicht unterstehen. Wer kennt aber nicht die wirkliche Lage? Innerhalb jeder der Ententeregierungen und in den Kreisen, die den Negierungen nahestehen, gibt es Kräfte, die anders über die Sache denken, und die jede Versärfung antibolschewistischer Bewegung in Russland für eine auswärtige Intervention auszunutzen bereit sind. Ganz besonders wird es jetzt der Fall sein, wo doch wieder in Europa die militärische Lösung großer Streitfragen zur Regel wird.

Daher müssen wir mit aller Entschiedenheit und Energie erklären: Sozialisten und Demokraten können dem Kampf um Freiheit und Demokratie keinen schlechteren Dienst erwiesen, als wenn sie eine neue Einmischung in russische Angelegenheiten von den Negierungen Westeuropas sich auch nur gefallen lassen. Es müssen alle begreifen und nie vergessen: auch die sozialistischen und ehemalig-demokratischen Gegner der Bolschewiki streben eine vollständige politische Unabhängigkeit Russlands an. Kein Mensch wird es in Russland glauben, daß das Ausland ihm ohne Hintergedanken nunmehr Massen von Waren umsonst zugehen läßt. In jedem Meter Stoff und jedem Paar Schuhe sieht man einen Vorwurf für eine künftige Kolonialabhängigkeit Russlands von den Großmächten. Und nicht ganz mit Unrecht. Hat doch jeder das Recht zu fragen, wie es gekommen ist, daß Dutzende von Schiffen große Massen verschickter Waren den mit außenpolitischen Verpflichtungen belasteten Generälen Kollschak und Denikin und Wrangel aufführten, während kein einziges Schiff derartige Geschenke dem übrigen Russland brachte?

Die auswärtigen Matrosen kennen sicher ganz genau den Wert dieser auswärtigen Hilfe, und aus verschiedenen Anerbietungen antworteten sie in einem Radio, sie hätten Provinz und Munition genug. Sie reden nicht nur von Provinz, sondern auch von Waffen. Denn jeder versteht es ohne weiteres: die „Hilfe“ der Entente und der interventionistischen Kreise der russischen Emigration wird jedes Schiff, das nach Kronstadt abgeht, nicht nur mit Getreide, sondern auch mit Waffen beladen, und ein paar Dutzend „erfahren“ Militärs und Politiker mitschicken, um die Bewegung in das „richtige Fahrwasser“ zu lenken, wo so viele schon ihren physischen oder politischen Tod gesunden haben.

Wird auch der Aufstand unterdrückt, so wird doch die starke Fähigkeit in der Arbeiterschaft in neuen verschleierten Bewegungen Russland finden, die sicher die gleichen Forderungen aufstellen: eine allmähliche Demokratisierung des politischen Regimes; Bekämpfung des Terrorismus und Utopismus und vollständige politische Unabhängigkeit von den großen Westmächten.

Wer die innere Situation in Russland auch eingemahnen

kennt, der weiß auch, daß nur eine beratige Bewegung Aussicht auf Erfolg haben kann, und daß als Nachfolger der bolschewistischen Diktatur nicht Parteien in Betracht kommen, die sich in den letzten Jahren um eine Eroberung Russlands von außen her bemühten. Es würde sich nur um ein Bündnis sozialistischer Parteien handeln mit jenen Elementen des Kommunismus, die bereit wären, mit der Politik des Terrors und der wirtschaftlichen Utopien Schluß zu machen.

Nahe Leute, die aber nicht ganz unschädlich sind, wollen die künftigen Ereignisse in Russland als eine Umlösung von der Art, wie es die Märzrevolution 1917 war, darstellen: sie müßte die Ereignisse der bolschewistischen Periode ebenso radikal annullieren, wie es die Revolution mit dem zaristischen System getan hat. Eine ganz falsche Vorstellung! Es würde sich sicher um bedeutsame Veränderungen in den inneren Beziehungen und um einen schnelleren Friedensschluß mit dem Ausland handeln. Es kann aber keine Rede sein von einer Richtigklärung vieler Erzeugnissen der Revolution, und ebenso wenig von einem Annullieren der internationalen Verträge, die die Sowjetregierung geschlossen, und der Verpflichtungen, die sie auf sich genommen hat.

Es gibt kein besseres Mittel, die Bewegung vor dem russischen Volke zu kompromittieren und dadurch ihr den Garaus zu machen, als durch eine „Hilfe“ der Ententeregierungen oder der russischen Gegnerrevolutionäre. Es gibt kein besseres Mittel, den Terrorismus in seiner äußersten Form zu bestimmen, als durch ein Bündnis zwischen den Russlandern Nennern von London und Paris mit den Aufstandspunkten in Russland. Und das Ausland hat keine bessere Gelegenheit, seine Millionen zu verdrehen, als jene Kapital in russische Aufstände zu investieren.

Gelingt es den Matrosen nicht, im Osten, d. h. im russischen Volke, Anklage und aktive Hilfe zu finden, so wird sich der Aufstand nur mit einer Hilfe von Westen halten können. Kronstadt entwickelt sich in diesem Falle zum Höhepunkt einer Intervention, die dann von allen russischen Sozialisten aufs heftigste bestimmt wird und ebenso tragisch endet, wie ihre unzähligen Vorgänger.

In den allernächsten Tagen wird sich das Schicksal des Aufstandes entscheiden.

Verbot der Ausrüstung.

Berlin, 14. März.

Das graue Einerlei des Staats beherrscht heute zunächst die Sitzung. Die dritte Lesung des Recherech-Ablösungsvertrages konnte nicht beendet werden, da das Haus beschlußfähig war und deshalb die Sitzung kurz Zeit vertagt werden mußte. Mitten in der Weiterberatung des Haushalts des Ministeriums für Wiederaufbau erschien plötzlich das Gesetz über die Durchführung der Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages, das neue sogenannte Entwaffnungsgesetz, das Gesetz, durch das Verpflichtungen verboten werden, die ihre Mitglieder irgendwie militärisch ausbilden oder sonst militärische Zwecke verfolgen. Am 15. März muß dieses Gesetz erledigt sein, sonst hat die Entente das Recht zu neuen Zwangsmaßnahmen. Am 14. März beschließt der Minister des Innern das Gesetz dem Reichstag vorzulegen. Man wird angeben müssen, daß eine höhere Reichsfeuerkraft einer Regierung kaum zu denken ist. Es ist selbstverständlich unmöglich, das Gesetz bis zum 15. März zu verabschließen, da es einer Kommissionsberatung unterliegen muß und sowohl von der Rechten wie von der Linken heftige Kritik daran geübt wird. Aber was schert die Gefahr neuen Sanktionen die Reichsregierung? Die Situation, in die wir gekommen sind, hat diesmal Bayern verschuldet. Die Regierung hat gejagert und gejagt, sich der drohenden Faust des Herren v. Rath zu widersehen und auch heute noch magt der Minister des Innern nicht, das Gesetz zu begründen. Er schaut den Außenminister Simons vor, der die Begründung dieses Gesetzes übernehmen muß. Das war der Rechten ein willkommener Anlaß, gegen das Gesetz mit schärfsten Angriffen vorzugehen und der Regierung vorzuwerfen, daß sie über die Bedingungen des Friedensvertrages noch hinausgehe, um sich der Entente gefällig zu erweisen. Es zeigt sich auch jetzt, daß sich die Rechten darauf beruft, daß durch die Sanktionen der Friedensvertrag von Versailles zerstört sei. Sie begründete nun mit der Zersetzung des Friedensvertrages ihre ablehnende Haltung gegen die militärischen Bestimmungen. Wenn es nach den Rechten der Rechten ginge, so würde nach Herrn Edler v. Braun die Regierung alle militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages für null und nichtig erklären und freist und lustig einen neuen Krieg vorbereiten. Es ist nur seltsam, daß die Herren Deutschnationalen die Gelegenheit, die Regierung selbst zu übernehmen und diese ihre Forderungen durchzuführen, erst vor wenigen Tagen haben so schmählich vorübergehen lassen.

Herr Koch wehrte sich gegen die Angriffe der Rechten zaghast wie immer, wenn er sich gegen die Deutschnationalen wendet, aber der Minister Simons tritt noch einmal auf den Plan und erklärt, mit erhobener Stimme, daß er der leiste wäre, sich dafür herzugeben, daß die junge Mannschaft, die dem Krieg noch entgangen ist, nochmals zum Opfer gebracht wird, es sei denn im Falle allerleichter Not. Diese ernsten Worte beweisen der Rechten, wie frevelhaft sie mit dem Feuer gespielt hat und sie sucht sich deshalb an dem kommunistischen Abgeordneten Remmel ecklos zu halten, als dieser auf allerlei wenige geschmackvolle Weise erklärte, die weiß-blau Schmach sei viel schändlicher als die schwarze Schmach, und entstand eine Sturmzene auf der Rechten und es schien, als ob man den Abgeordneten am Weiterreden verhindern wollte, doch legte sich dann der Sturm und der Redner konnte weitersprechen.

Die interessanteste Figur des Tages war wohl der bayerische Wirtschaftsminister und sogenannte Demokrat Herr Hamm, der einen wahren Eieranz aufzuführen wußte, um die Haltung seiner Fraktion innerhalb der Kahr-Regierung auch nur einigermaßen zu rechtfertigen. Er ließ durchblicken, daß seine Partei wahrscheinlich dem Gesetz keine Schwierigkeiten bereiten werde. Wie man sich allerdings in Bayern damit absindet wird, bleibt abzuwarten.

Als bemerkenswert fiel auf, daß Herr Hamm, der Vertreter der Bayerischen Volkspartei und ungekrönter König in Bayern, der im Hause weilt und nach allen Seiten hin Interviews austeilte, selber nicht das Wort nahm. Man meinte, daß er bis zum letzten Augenblide versuchen wird, dem Gesetz schärfsten Widerstand entgegenzustellen, aber vor der allerleicht Konsequenz scheint auch er zurückzuschrecken.

Das Gesetz wurde einem Ausschuß von 21 Mitgliedern übergeben und die Staatsberatung setzte sich bis ins Unerdliche, bis in die 10. Sessionsstunde, fort. Der Reichstag beabsichtigt, den Gesetzes noch bis zum Sonnabend vor Ostern zu erledigen und dann in die Österreicher zu gehen.

Verbot militärischer Vereinigungen.

Dem Reichstag ist soeben ein Gesetzentwurf zugegangen, durch den alle Vereinigungen, die sich mit militärischen Dingen befassen, verboten werden. Die Auflösung der Selbstschutzorganisationen ist sicherlich. Einwohnerwehren usw. ist nicht besonders erwähnt, es heißt im § 2 nur: Unterrichtsanstalten, Universitäten und Kriegervereine, Schülergilden, Sport- und Wandervereine, überhaupt Vereinigungen aller Art, ist verboten, sich mit militärischen Dingen zu befassen sowie sich mit dem Reichswehrministerium oder einer anderen militärischen Behörde in Verbindung zu halten; aber sie fallen zweifellos unter das Gesetz. Außerdem heißt es im § 1, daß Vereinigungen aller Art verboten sind, die ihre Mitglieder im Kriegshandwerk oder im Gebrauch von Militärmitteln ausbilden, oder über, oder ausbilden und leben lassen und die sich mit Maßnahmen befassen, die auf eine Mobilmachung hindeuten.

Zusätzlich für den Erfolg des Verbots ist der Reichsminister des Innern, der für einzelne Teile des Reichsgebietes Kommissare und Stellvertreter bestellt, oder andre örtliche Stellen mit der Durchführung der Aufgaben beauftragt kann. Im Falle des Verbots einer Vereinigung sind alle Militärmitteln sowie alle sonstige militärische Ausbildung bestimmte Gegenstände der Vereinigung zu beschlagnahmen und einzuziehen. Für den Fall der Ausweiterhandlung gegen das Gesetz sind Geldstrafen bis zu 50 000 Mark oder Gefängnis bis zu drei Monaten vorgesehen. Für die Vorsteher und Leiter solcher verbotener Vereinigungen aber kann auf Geldstrafe bis zu 100 000 Mark oder auf Gefängnis bis zu einem Jahre erlassen werden.

Zur Begründung wird angeführt, daß, um eine einheitliche Durchführung der Vorchriften sicherzustellen, nach dem Vorbild des Entwaffnungsgesetzes eine Zentralstelle geschaffen werden soll. Es wird Sache des Reichstags sein, das Gesetz so umzugehen, daß den gegenrevolutionären Vereinigungen das Leben leicht ausgeblassen wird.

Die Zollpläne der Entente.

Genf, 13. März. Wie die Agence Havas aus Koblenz meldet, hat die Interalliierte Kommission in den Rheinlanden gestern die Anwendung Lloyd Georges erhalten zur Errichtung einer Zolllinie am Rhein. An dieser Linie soll nur der Warenaustausch zwischen dem beschlagnahmten und dem nicht beschlagnahmten Gebiet des Deutschen Reiches kontrolliert werden, nicht aber der Auslandshandel, der an der deutsch-französischen und der deutsch-belgischen Grenze kontrolliert wird. Für die innere Zolllinie am Rhein soll ein besonderer Tarif ausgearbeitet werden, der sowohl die Ausfuhr wie die Einfuhr treffen soll, und zwar die Einfuhr aus dem rechtsrheinischen Deutschland in wesentlich härtere Weise als die Ausfuhr aus dem linken Rheinlande. Nur lebenswichtige und allgemeine Gebrauchsgegenstände, an denen das linke Rheinufer Mangel leiden würde, sollen zollfrei sein. In der Umgebung des Herren Tirard berechnet man den voraussichtlichen Zollbetrag aller beschlagnahmten Einfuhr- und Ausfuhrzölle, d. h. die Summe der an der Rheingrenze und an der Westgrenze des Reiches erhobenen Abgaben ab höchstens 125 bis 150 Millionen Goldmark im Jahre, und man hält es deshalb für besonders wichtig, daß die Entente durch die Besetzung der Ruhrhäfen die Kontrolle über 25 Millionen Tonnen deutscher Kohle erhält.

Das englische Gesetz über die Warenabgabe.

London, 12. März. Der Wortlaut der Gesetzesvorlage über die Einführung der Reparationsbeträge, welche dem Unterhaus vorgelegt wurde, ist nunmehr veröffentlicht worden. Die Hauptpunkte dieser Vorlage sind folgende: Die Kaufleute, welche deutsche Waren in England einführen, werden verpflichtet sein, an die Hauptverwaltung der Zölle und Steuern einen gewissen Teil des Wertes dieser Waren abzuführen, der nicht über 50 Prozent hinausgehen soll und dessen Höhe von Zeit zu Zeit durch das Schaham bestimmt werden wird. Diese Beträge werden zur Abdeckung der von Deutschland durch den Vertrag übernommenen Verpflichtungen verwendet werden. Diese Bestimmungen werden nicht auf deutsche Waren zur Anwendung gelangen, die nur zur Wiederausfuhr nach Deutschland eingeführt worden waren und die nur im Durchgangsverkehr oder zum Umladen nach dem Vereinigten Königreich kommen. Das neue Gesetz ermöglicht den Board of Trade, die Zahlungen, die an die Kommissare zu leisten sind, herauszuladen, oder auch bestimmte Waren von Zahlungen zu befreien, und zwar auf Grund des Urteils eines Sachverständigenausschusses, der vom Board of Trade ernannt werden wird.

Französische Auslegung.

Berlin, 15. März. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die Deutsche Zeitung meldet aus Genf: Der Tempé zieht eine Bilanz der Politik des Ministers Simons und kommt dabei zu folgendem Ergebnis: Deutschland kann heute nicht mehr behaupten, daß es unsäbig sei, 15 Milliarden Goldmark in den ersten fünf Jahren zu zahlen, da es dieses Angebot selbst gemacht habe. Ohne irgendwie seine diplomatische Lage verbessert zu haben, erhält Deutschland einen weiteren Teil seines Gebetes bestellt und ein neues Zollregime im Rheinland wird eingerichtet. Der Gedanke einer erhöhten Besteuerung, der belobigte den englischen Interessen entspricht, hat sich durchgesetzt.

Amerika und die Sanktionen.

Paris, 11. März. Aus Washington erfährt Havas, der Kriegssekretär habe gestern bekanntgegeben, daß das Verhältnis der amerikanischen Truppen im Rheinland unverändert bleibt und daß dem Oberbefehlshaber General Allen keine neuen Anstrukturen übertragen werden sollen.

Washington, 11. März. (Havas) Amüslich. Es wurde vereinbart, daß die amerikanischen Truppen am Rhein nicht an der Erhebung der Zölle teilnehmen. Immerhin werden die Vereinigten Staaten der Ausführung der neuen Politik der Alliierten keine Schwierigkeiten in den Weg legen.

Starke Opposition in der italienischen Kammer.

Rom, 11. März. (T.U.) In der gestrigen Kammerstunde erklärte Giolitti, daß er nicht in der Lage sein würde, die auswärtige Politik kommentieren zu lassen, solange Graf Sparta nicht von London zurück sei. Der Abgeordnete Amato und La will aber im Namen der Opposition die auswärtigen Fragen noch vor den Österreichen der Kammer erörtern haben. Giolitti erwiderte, daß ohne den Minister des Außenrechts die Fragen nicht behandelt werden könnten. Einige Deputierte unterstützten Amato; die Kammer wolle einen offiziellen Bericht über die Londoner Verhandlungen. Der Redner der Sozialdemokraten äußerte sich im gleichen Sinne. Bei der Abstimmung wurde der Antrag Amatos mit 281 gegen 150 Stimmen abgelehnt. Der Antrag Amatos wird in den Blättern als Umsturzversuch bezeichnet.

Die Orientfrage.

Fortschreibung der Londoner Verhandlungen. Paris, 10. März. Der Agence Havas wird aus London gemeldet: Heute vormittag fanden Verhandlungen statt, die das Ziel verfolgten, die Griechen und Türken zur Annahme eines Vertrages zu bewegen, der die Orientfrage rasch zu lösen.

Schaut, daß die Grundlagen zu den derzeit vorgeschlagenen Vergleich folgende sein dürfen: Räumung von Konstantinopel, Kontrolle der Meerengen, größtenteils durch die Türken, wobei Tonkult internationalisiert und Gallipoli unter griechische Kontrolle gestellt würde, Selbstverwaltung von Smyrna mit gewissen Verwaltungsvorrecht Griechenlands, wobei der Hafen für den türkischen Handel freigegeben würde. Trotz der Vorteile, die sich dadurch der Türkei bieten, scheinen die öttomanischen Delegierten sich auf dem Vorschlag der Entsendung eines Untersuchungsausschusses nach Smyrna und Thrakien beschränken zu wollen. Sie erinnern ganz mit Recht daran, daß dieser Vorschlag von den Alliierten selbst gemacht worden sei, und sie sich sofort ohne Schwierigkeiten damit einverstanden erklären hätten. Wenn die Alliierten auf die Selbständigkeit Smyrnas Wert legen würden, so würden die Delegierten von Angora gestehen, daß sie keine ausreichenden Befreiungen besäßen, um sich diesem Ausgleich anzuschließen, ohne wenigstens ihre Nationalversammlung zu befragen, deren abhängende Antwort wohl außer Frage steht. Infolge dieser Unterredungen ist der Oberste Rat heute mittag zusammengetreten. Wenn die beiden Parteien diese Einseitigkeit auf der mittleren Linie nicht annehmen, so werden die Großmächte für die Griechen und Türken wahrscheinlich alle beizustellen lassen, bis die eine oder die andre der beiden Nationen um ihren Schiedsgerichtsentscheid nachsucht, so wie es ihnen vorgeschlagen worden war.

Die Vorschläge der Alliierten

London, 11. März. Reuter erfährt, daß folgendes die Hauptlinien der Vorschläge zur Regelung der Orientfrage sind, die von Lord George unterzeichnet und von seinen Kollegen angenommen wurden. Diese Vorschläge werden der griechischen und der türkischen Delegation morgen im St. James-Palast vorgelegt werden.

1. Konstantinopel. Die Souveränität des Sultans bleibt unbehindert, und unter der Bedingung einer baldigen Ratifikation des Vertrags von Sevres werden die Alliierten vielleicht einer baldigen Räumung Konstantinopels zustimmen.

2. Meerengen. Die einzimalistischste Zone wird jetzt auf folgende Gebiete beschränkt: a) Die Inseln am Eingang der Dardanellen und des Marmarameeres. b) Auf griechischer Seite die Holbinsel Gallipoli und die Küste des Marmarameeres bis Rodosto. c) Auf türkischer Seite die Küste gegenüber Tenedos bis Karabagh. d) Die Ufer des Bosporus in einer Ausdehnung von 25 Kilometern.

3. In der Kommission für die Meerengenzone, in der die Türkei laut Friedensvertrag nur eine Stimme hat, wird sie jetzt zwei Stimmen haben, demnach ebensoviel wie die anderen Großmächte.

4. Technische Zugeständnisse bezüglich der Finanzen.

5. Smyrna. Die Souveränität des Sultans wird aufgehoben. Was die Provinz Smyrna anbelangt, so werden, sobald der Vertrag in Kraft tritt, die griechischen Truppen auf die Stadt Smyrna zurückgezogen werden. In übrigen Teilen der Provinz wird die Ordnung durch örtliche Gendarmerie unter alliierten Offizieren aufrecht erhalten. Ein griechischer Gouverneur wird vom Völkerbund ernannt.

6. Kurdistan wird der Türkei zurückgegeben. Es erhält örtliche Autonomie. Der Schutz der Kurden und der syrischen Christen wird gewährleistet.

7. Armenien. Der Grundsatz der Freiheit Armeniens wird anerkannt, und die Türkei stimmt einer vom Völkerbund festzuhenden Grenze zu.

Auf bald die Türkei den Beweis erbringt, daß sie ihren Verpflichtungen nachkommen bereit ist, wird feinerer Einwendung gegen ihren Beitritt zum Völkerbund gemacht werden, und die im Vertrag enthaltene Drohung einer möglichen Bestrafung aus Konstantinopel wird aufgelöszt werden.

Alle diese Zugeständnisse sind unabdingt von der reichen Ratifikierung und der Durchführung des so abgänderten Vertrages von Sevres durch die Türkei. Innerhalb werden die Zugeständnisse zugeschlossen.

London, 11. März. In der morgigen Vormittagssitzung der Botschafterkonferenz wird den Vertretern der Regierungen von Athen und Angora der Entwurf der Bandenregierungen überreicht werden. Sie werden gleichzeitig aufgefordert werden, dessen Bestimmungen zu befolgen und sich darüber Marzuwerden, daß jede etwaige Fortführung des militärischen Vorgehens auf eigene Rechnung und Gefahr der betreffenden Partei erfolgen werde.

Griechenland nimmt an.

Paris, 12. März. Havas meldet aus London: Nach Nachrichten aus autorisierten Quellen wird sich die griechische Delegation nicht weigern, die Aenderungen anzunehmen, die die Alliierten an dem Vertrage von Sevres vorzunehmen geneigt sind, wie sie es in dem Schriftstück bemerkt, das sie heute in der Konferenz von St. James der griechischen Delegation überreichten. Die Griechische Regierung will nur zuerst über einige Punkte des Schriftstücks, die ihr nicht genügend gelöst erscheinen, Fragen stellen.

Beruhigung über Elstien.

Paris, 11. März. Havas meldet aus London: Brian Empfing vor seiner Abreise nach Paris die osmanische Abordnung von Angora. Bereits seit zehn Tagen waren Verhandlungen im Gange, um zu einer Beruhigung über die Elstienfrage zu gelangen. Im Laufe des Vormittags wurde die Beruhigung erreicht.

Frankreich bleibt Schuhmacht in Elstien.

London, 11. März. Die leichten Formalitäten der Niederchrift des türkisch-französischen Abkommens wurden heute abend beendet. Das Abkommen sieht folgende Abmachungen vor: 1. In militärischer Hinsicht wird als Folge der sofortigen Einstellung der Feindseligkeiten bestimmt, daß die zur Zeit von französischen Truppen besetzten Gebiete derart geräumt werden, daß die Franzosen allmählich nach Ablauf einer gewissen Frist durch türkische Truppen ersetzt werden. Das Abkommen sieht ferner den Austausch aller Gefangenen in möglichst kurzer Zeit vor, sowie die Bildung einer gemischten Polizei unter dem Befehl französischer Offiziere. 2. Die französischen wirtschaftlichen Interessen werden in dem Sinne gewahrt werden, daß den französischen Gesellschaften bestimmte Konzessionen vorbehalten bleiben sollen. 3. Die Eisenbahn nach Bagdad wird Frankreich gehören, der Boden, auf dem sie errichtet ist, verbleibt der Türkei. Die Zölle nördlich der Bagdadbahn werden der türkischen Regierung zufallen, diejenigen südlich der Linie der Französischen, während die Linie selbst von allen Zöllen befreit sein wird. 4. Die Regierung von Angora leistet alle Pflichten bezüglich der französischen Schulen.

Außerdem bestimmt das Abkommen die praktisch durchführbaren Mittel, um Personen und Eigentum der Armenier zu schützen.

Die Araber fordern Unabhängigkeit.

London, 11. März. Dem Reuterchen Bureau zufolge erklärt General Hadji Pasha, der gestern abend vom Obersten Rat als Abgeordneter des Emirs Hassal empfangen wurde, die Araber wünschen ihre Unabhängigkeit zu erhalten und wieder ein freies Volk zu werden. Sie seien über die Beschlüsse der Alliierten enttäuscht. Für eine Trennung der arabischen Provinzen besteht keine Berechtigung.

Die Landtagswahlen in Mecklenburg.

Das vorläufige Wahlergebnis.

Schwerin, 14. März. Bis 1 Uhr mittags lag folgendes amtliches Wahlergebnis vor:

Deutsch-nationale 61 507 Stimmen, Deutsche Volkspartei 51 885, Dorfbund 14 853, Wirtschaftspartei 10 007, D. Demokraten 12 200, Mehrheitssozialisten 115 126, U. S. P. D. 2 858, B. R. P. 13 924. 170 Bezirke stehen noch aus.

Hermes kündigt eine Preiserhöhung an.

Der Hauptausschuß des Reichstags beriet am Montag den Etat des Reichsnährungsministeriums. Auf eine Anfrage unseres Abg. Herz über eine etwa beabsichtigte Brotpreiserhöhung erklärte Reichsnährungsminister Hermes: Ich halte noch wie vor an meiner Erklärung fest, daß im laufenden Wirtschaftsjahr der Mehlpriß der Brotgetreide nicht erhöht wird. Im übrigen stehe ich auf dem Standpunkt, daß bei der Festsetzung der Getreidepreise die Produktionskosten der Landwirtschaft gedeckt werden müssen. Die Förderung des Reichsfinanzministers nach einem Abbau der Verbilligungsaktion für Brotgetreide muß ich als berechtigt anerkennen. Dieser Abbau muß jedoch vorsichtig, planvoll und allmählich geschehen, um größere Erholungen zu verhindern. Ob und in welchem Maße ein solcher Abbau der Verbilligungsaktion eine Erhöhung des Mehlprißes bedingt, läßt sich jetzt noch nicht feststellen.

Trotz allen Theaterdonners befolgt die Regierung Punkt für Punkt die Aufräge, die ihr von den Sachverständigen der Alliierten erteilt wurden: Nach dem Abbau der Besitzsteuern und der Erhöhung der indirekten Steuern geht sie daran, die Bahn- und Posttarife und Getreidepreise, die bisher auf Kosten der Reichsfinanzkasse niedrig gehalten wurden, um die Volkswirtschaft nicht noch mehr zu erschüttern, zu erhöhen. Statt eines Preisabbaues Abbau — der Reichszuschüsse, also Preiserhöhung! So sieht der kapitalistische Wiederaufbau aus.

Oesterreichs Verzweiflungsjahr in London

DA. London, 14. März. Der österreichische Bundeskanzler Dr. Mayr gab in einer Sitzung des Obersten Rates eine Darstellung der verzweifelten finanziellen und wirtschaftlichen Lage des Landes, beprach die Salute, das Steuersystem und die bisherigen Pläne für die Hilfsleistung an Oesterreich und kam zusammenfassend zu dem Ergebnis, eine private Hilfsaktion durch Banken würde nicht rechtzeitig und voraussichtlich auch nicht in genügendem Umfang erfolgen. Ohne entsprechende Intervention der alliierten Regierung könne Oesterreich keine genügende und wirksame Hilfe geleistet werden. Er hält die Konferenz, Oesterreich zu retten, das sich allein nicht helfen könne. Nur mit alliierter Hilfe könne das österreichische Volk die ihm vorgeschriebene staatliche Selbständigkeit bewahren. Gewährten die Mächte diese Hilfe nicht, so bliebe dem österreichischen Volke nur die Wahl, entweder sich politisch anzulösen oder unter den gegenwärtigen unmöglichen Lebensbedingungen elend zugrunde zu gehen. Auf die Ablegungen des Bundeskanzlers erwiderte Lord George es, daß die Verbündeten bereit seien, Oesterreich zu helfen, obwohl ihre eigenen Kosten zuerst schwer seien. Schließlich wurde auf Vorschlag Dr. von Knecht entschieden, daß die Wünsche des österreichischen Bundeskanzlers von einem Ausschuß der alliierten Sachverständigen geprüft werden sollen, der die österreichische Abordnung anhören werde. Der Ausschuß wird die Prüfung in dieser Woche fortsetzen und das Ergebnis seiner Beratungen dem Bundeskanzler und den übrigen Mitgliedern der österreichischen Abordnung bekannt geben.

Die Kronstädter Revolution.

Die Kronstädter über die Lage.

Kronstadi, 14. März. Der Berichterstatter des Ost-Express hat direkte Informationen aus Kronstadt einziehen können. In Kronstadt herrscht Ruhe und Ordnung. Die Fabriken haben ihren Betrieb wieder aufgenommen. Unter den Aufständischen besteht völlige Einmütigkeit. Die öffentliche Meinung Europas wird durch die anstehende Rückkehr der Russischen Regierung bestrebt, daß die Einheitlichkeit der Russischen Revolution aufgestellt wird. Am 12. März ist abgelaufen, auf der entschuldigenden Versammlung in Kronstadt der Beschuß der Aufständischen keine Zustimmung zu geben, entstanden die Matrosen eine Delegation nach Petersburg. Die Delegierten wurden zutreffend bestimmt, daß die Verbündeten bereit seien, Oesterreich zu helfen. Darauf wurde auf dem Kreuzer Petropawlowsk beschlossen, ein Revolutionskomitee mit Petrowschenko, Jakowlev und Antipow an der Spitze zu bilden, das die Regierungsgewalt in Kronstadt übernehme. Der General Koslowksi und die übrigen Offiziere sind keineswegs als Führer der Bewegung hervortreten, sie verfehlen nur als militärische Fachleute ihren Dienst. Die irreversiblen Funksprüche und Proklamationen der Sowjetregierung werden von den Insassen des Kronstädter Revolutionärskomitees ungelesen abgedruckt, mit der Bemerkung, daß jeder Kommentar überflüssig sei. Das Revolutionskomitee sieht sich ausschließlich aus Matrosen zusammen. In einer Unterredung hat der Vorsitzende des Revolutionskomitees Petrowschenko folgendes geäußert: "Wir wollen mit der Befreiung ganz Russlands beginnen. Wir bemühen uns, die Petersburger auf unsre Seite zu ziehen und haben einen genaueren Kampfplan ausgearbeitet. Unser Offiziere und Ingenieure halten sich vorzüglich und arbeiten im Einvernehmen mit uns. Wir streben nach einer wirklichen Räteregewalt." Petrowschenko macht den Eindruck einer tapferen Persönlichkeit. In Kronstadt herrscht der allgemeine Eindruck, daß die Matrosen sich durchaus ihrer Kraft bewußt sind und sich vor einem Angriff von außen sicher fühlen. Die Gleichberechtigung aller Bürger wird streng eingehalten. Erstrebungen haben nicht stattgefunden. Die Stadt hat durch das Bombardement nicht gelitten. Die Gebäude von Krasnaja Gorka erreichen kaum die Verhältnisse von Kronstadt. Die Lebensmittelvorräte reichen für etwa anderthalb bis zwei Wochen. Ein aus Krasnaja Gorka entflohenen Soldat berichtet, daß viele Gegner der Kommunisten zu den Kronstädter Aufständischen überlaufen. Auch am 13. März lag die Flotte unter dem Geschützfeuer von Kronstadt. Der 12. März (der Jahrestag der Revolution) ist in Petersburg äußerst ruhig verlaufen. Die Stadt wird von Patrouillen durchstreift, die der aus vorübergehenden Sowjetbeamten gebildeten Schutzwache angehören. Die Lebensmittelvorräte gehen zur Neige. Moskau bleibt ungewiß dasselbe Bild.

Kopenhagen, 14. März. Berlingske Tidende meldet aus Helsingør: Sonnabend wurde der Kreislerfanus zwischen Kronstadt und Petersburg wieder angespannt. Es besteht eine fastliche Grundlage für die von der Sowjetregierung verbreitete Meldung, daß die Lage eine sie die bolschewistischen Truppen gliedern könne.

Eine pessimistische Note Venins.

Berlin, 15. März. (Eigene Drahtmeldung der L. W.) Das Berliner Tageblatt meldet aus Kopenhagen: "In einer in Moskau gehaltenen Rede führte Lenin aus, daß der allgemeine wirtschaftliche Zusammenbruch die Sowjetregierung an der Durchführung der kommunistischen Ideen verhindert habe. Die Aufreihbewegung habe sich ausbreiten können, weil man gezwungen war, Requisitionen bei den Bauern vorzunehmen, ohne ihnen eine Gegenleistung machen zu können. Lenin erklärte offen, daß der russische Soldat sich zum Banditen entwickelt habe. Ohne die Hilfe Europas könne Russland nicht mehr hergestellt werden."

Haupmann Piesser vor Gericht.

Stargard, 10. März. In der heutigen Verhandlung wurde in der Zeugenvernehmung fortgesetzt.

Heraus wurde der Vorsitz der Kreises Arnswalde, Dr. Braun, vernommen. Er sagt aus, daß er auf Verlangen seiner vorgesetzten Dienststellen über die Arbeitsgemeinschaft Piesser nach eingehenden Informationen einen Bericht dahin ein-

reichte habe, daß von einer militärischen Organisation bei den Pfefferleuten keine Rede sein könne. Nach Anfrage des Zeugen entstanden alle Gerüchte über die Arbeitsgemeinschaft infolge der unsachgemäßen Ausmachung der ganzen Organisation in Arnswalde. Von Flugzeugen und Maschinengewehren sei nichts gesunder worden. — Der nächste Zeuge, Landrat Böttcher, berichtet über eine Waffenbeschaffung, die im Juni v. J. auf der Domäne Rüttig stattgefunden habe. Er habe mit einem Gendarmen auf dieser Domäne eine Kiste mit 40 neuen Gewehren, Modell 98, gefunden, die dann beschlagnahmt wurden. Diese Sache habe sich aber schon am 10. Juni abgespielt, während Hauptmann Piesser erst im Juli nach Arnswalde gekommen sei.

Hierauf wurde die Zeuge Jenberg noch einmal vernommen. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob Jenberg nicht auch Beziehungen zu dem Ermittlungsbeamten Schmidt vom Reichslandesamt aufgenommen und ihm erzählt habe, er könne ihm ganz genau die verschiedenen Waffenlager angeben, erklärt der Zeuge, daß es wohl möglich sei, daß er ihm das Gut Berkenbrück angegeben habe. Er wisse aber nichts Positives über Waffenlager im Kreis Arnswalde. Auch Zeuge Bünnemeier war weit nichts darüber auszusagen. Er habe auch nie darüber etwas behauptet. Vorsitzender: Sie, Bünnemeier, sollen auch einen Brief des Vorsitzenden von Sawow an Hauptmann Piesser in die Hand bekommen haben. — Zeuge Bünnemeier: Jawohl, es war darin ein Geheim zwischen Röhrbach-Leuten und den Arbeitern, daß im Kreis Arnswalde geschildert. — Angeklagter: Das stimmt. Mir wurde damals mitgeteilt, daß im Kreis Arnswalde Unruhen waren. — Vorsitzender: Herr Bünnemeier, ich möchte noch einmal auf den Zettel mit der Waffenliste zu sprechen kommen. Auf diesem Zettel befindet sich nämlich mit Bleistift der Vermerk: "Breite Straße 11". Das ist doch die Adresse der Redaktion der Freiheit. Vermutlich hat also derjenige, der zur Freiheit gegangen ist, auch diese Adresse geschrieben. — Jenberg und Bünnemeier bestreiten darauf entschieden, den Zettel und die Adresse geschrieben zu haben. Auf Verlangen des Zeugen geben sie beide Schriftproben, die aber mit der Handschrift auf dem Zettel keine Übereinstimmung zeigen. — Zeuge Landrat Dr. Braun: Mir fällt eben ein, daß ich damals einen Bericht erhalten habe, wonach in Berlin im Polizeipräsidium oder in der Redaktion einer Zeitung jemand sich geäußert habe, er würde für eine hohe Summe eine Karte von Piesser übergeben können, in der die verschiedenen Waffenlager und Sturmkompanien eingezeichnet seien. — Staatsanwalt Ramon: Das war ja der Bericht des Kriminaloberwachtmeisters Hahns. — Zeuge Hahns: Jawohl. Die Leute forderten damals pro Mann 80 bis 90 Pf. täglich. Ich Vorstehender war Jenberg.

Der nächste Zeuge ist der Berichterstatter der Freiheit Kohler. Er sagt: Schon bevor die Zeugen Jenberg und Bünnemeier und zwei weitere Herren unserer Redaktion Angaben über die sogenannte Arbeitsgemeinschaft Piesser machten, war es der Redaktion der Freiheit bekannt, daß im Kreis Arnswalde durch Hauptmann Piesser illegale Organisationen aufgestellt wurden, die durchaus militärisch geübt waren, wie das aus der Einführung in Jürgen, Kompanien, Sturmbattalions usw. zu erkennen ist. Auch in anderen Teilen Deutschlands wurden ähnliche Formationen aufgestellt. Die Zeugen machen der Redaktion gegenüber unabhängig voneinander präzise Angaben. Die in der Freien Welt publizierte Karte stammt nicht von Jenberg und seinen Freunden. Die Karte trägt am Rand Bleistiftnotizen. Die unterstrichenen Orte auf der Karte bezeichnen die Zeugen als Waffenlager bzw. als Stabsquartiere. Die Geschütze für die Sturmbattalions sollten aus dem Sennelager kommen. Zur Bekämpfung des Materials wurde erst geschossen, als es für uns unbedingt stand, daß es sich bei der Unterbringung von Mannschaften auf Gütern um Schaffung illegaler militärischer Organisationen handelt. Die Waffenabfuhrstelle war orientiert worden, daß sich auf einzelnen Gütern Waffen befinden sollten. In Kiel wurden auch tödliche gefunden, die angeblich der Einwohner gehörten. Da Herr Hauptmann Piesser bereits ständig verfolgt wurde und die Staatsanwaltschaft ihn nicht finden konnte, rief ich Piesser in Arnswalde an unter der Nummer, die wir bereits in der Freiheit veröffentlicht hatten. Ich erkundigte mich lediglich nach seinem Besindern, weil die Staatsanwaltschaft ihn nicht finden konnte.

Der Angeklagte gab auf Begehrungen des Vorsitzenden zu, daß das richtig sei. Auf Begehrungen des Vorsitzenden erklärt der Zeuge Kohler: "Die Jenen wurden von der Freiheit mit demselben Ritterhonorar enthäutigt wie kritische andere Mitarbeiter des Redaktion."

R. M. Gollnick: Hat die Freiheit der Entente Material überwiesen? — Zeuge Kohler: Ich halte es für unnötig, auf diese Frage zu antworten. — R. M. Gollnick: Sie sind doch höchstlich zu der Aussage verpflichtet. — Zeuge Kohler: Ich erkläre nochmals, daß ich es nicht für notwendig halte, eine solche Frage der Vertheidigung zu beantworten. Wir können uns sehr anders helfen.

Hierauf wurde die Verhandlung auf Freitagvormittag verlegt.

Bon Nah und Fern.

Einsturz einer U-Bootschiffahalle — fünf Arbeiter getötet.

Norderney, 13. März. Eine der beiden U-Bootschiffahallen bei Norderney ist heute Nachmittag 1½ Uhr während der Montierungsarbeiten zusammengebrochen und hat die dabei beschäftigten Arbeiter unter sich begraben. Fünf von ihnen sind tot und sieben schwer verletzt. Die Ursache des Zusammenbruches ist noch nicht festgestellt. Man nimmt an, daß im alten Lager vorgenommene Munitionssprengungen eine Hebung der Erdoberfläche bewirkt und dadurch die Halle zum Einsturz gebracht haben.

Neue Blutstutten in Oberschlesien.

Königsberg, 15. März. Im Walde bei Parchewitz wurde der Hauptmann der deutschen Abstimmungspolizei Puchkin erschossen. Er befand sich auf der Fahrt durch den Wald gemeinsam mit einem französischen Hauptmann und dem englischen Kontrollortsjäger beim Kreiskontrollleur in Röbnitz. — In Röbnitz kam es im Anschluß an eine Polenversammlung zwischen der Abstimmungspolizei und den Polen zu einer Schieberei, in deren Verlauf mehrere Polen sowie zwei Polizeibeamte getötet und sechs Polizeibeamte schwer verletzt wurden.

Berantwortlich für den redaktionellen Teil:

Heinrich Flechner in Leipzig.

Berantwortlich für den Inseraten Teil:

Friedrich Wille, Borsig-Zeitung.

Druck u. Verlag: Elmshorner Buchdruckerei Aktienges

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 15. März.

Parteiangelegenheiten.

Ostbezirk: Donnerstag, 17. März, abends 7 Uhr, Restaurant Grüne Aue, Bernhardstraße 26; Wichtige Funktionierung sowie Vortrag des Gen. Schröder über Das Kürzungsverfahren der Stadt Leipzig.

Gruppenrat 9, Mittwoch, 16. d. M., abends 7 Uhr, Sitzung im Kartell (Zimmer 104).

Berichtigung. Im Leipziger Betriebsrat Nr. 1, 2. Jahrzeug, ist die Adresse zum Abholen der Formulare zur Steuererklärung mit Richterstraße angegeben. Es muss heißen Werkplatz, im Gebäude des Hauptzollamts, 2. Stock.

Gewerkschaftskartell Leipzig.

Die Spruchpraxis des Mieteinigungsamts.

Ein Genosse schreibt uns, die Leipziger Volkszeitung verweile die Mieter oft an das Mieteinigungsamt, was einer Empfehlung dieses Amtes gleichkomme. Eine solche Empfehlung verdient aber das Mieteinigungsamt nicht. Wir betonen demgegenüber, daß es uns gar nicht einfällt, das Mieteinigungsamt zu empfehlen. Da aber das Amt die gesetzliche Zustand ist, die über Streitigkeiten zwischen Mieter und Vermieter zu entscheiden hat, sind wir gezwungen, allen Anfragenden zu sagen, daß sie sich bei Streitigkeiten an das Mieteinigungsamt wenden müssen.

Der Genosse schildert seinen Streitfall wie folgt:

Ich besitze die Wohnung seit 1910, also 11 Jahre. Sie besteht aus Stube, Kammer, Küche, Keller und Bodenstübchen. Es ist Mansardenwohnung, also 4 Treppen (auf einer Etage 5 Wohnungen), Wohnfläche 30 Quadratmeter. In diesen Jahren ist noch nichts gemacht worden, nur Einlegen von Gas. Preis der Wohnung 1914 230 M. Mietsteigerung erfolgt seit Oktober 1918. Erst alle 1½ Jahr und zweimal halbjährlich, bis auf 320 M. (10 Proz. oder 8,80 M. pro Quadratmeter). Dies ist der Stand bis 1. Januar 1921. Nun schlägt die Frau Hauswirtin wieder eine Steigerung, daß die Wohnung ab 1. Januar 1921 350 M. kostet.

Auf Grund dieser Steigerung hätte ich gern die Kürze geweckt gehabt (also ohne Delikat), was ich sonst in vergangenen Jahren selbst machen ließ. Da mir gesagt wurde, daß die Frau Hauswirtin dies nicht machen möchte, verwelgerte ich die leichte Steigerung, damit die Sache vor das Mieteinigungsamt kommen sollte, was die Frau Hauswirtin auch tat. Mit dem Einverständnis meinerseits, wenn ich die Kürze geweckt bekommen hätte, wäre ich nochmals geweckt gewesen, auch diese leichte Steigerung zu bezahlen. Beider wurde mit dieser kleinen Forderung nicht bewilligt. Auch andre Mängel sind an dieser Wohnung, Nässe.

Weit geschieht, es kam anders auf dem so viel anempfohlenen Institut, so, wie es mir viele Genossen gesagt haben, und wie Sie sehen werden, aus den von mir nun angeführten Verhandlungen.

Vergleichstermin!

Mitte Januar wurde ich auf das Einigungssamt für Hausbesitzer bestellt. Der Rechtsanwalt stellt die übliche Frage: was hat die Wohnung gefordert im Jahre 1914? 230 M. Und was kostet die Wohnung jetzt? 320 M. = 10 Prozent, Gas wurde eingelagert. Auf meinen Entwurf, daß nur 10 Prozent übersteigt werden kann, wurde ich von dort eines andern belehrt, denn der Herr Rechtsanwalt sagte mir, daß die kleinen Wohnungen 50 Prozent übersteigt werden dürfen, so würden 340 M. für die Wohnung zu stände kommen. Ich erklärte mich einverstanden, wenn ich die Kürze geweckt bekäme, was allerdings die Frau Hauswirtin glatt ablehnte. Weil nun die Frau Hauswirtin auf keinen Vergleich mit eingegangen ist, bestimmt der Herr Rechtsanwalt, daß die Wohnung vom Herrn Baumelster Schirmer begutachtet werden sollte, mit dem Bemerkung der Frau Hell gegenüber, daß dies etwa 80 M. kostet. Ich erklärte, daß ich dazu kein Geld hätte und auch kein Interesse dafür zeige, da meine Angaben auf Wahrheit beruhen. Frau Hell erwiederte nichts darauf und der Termin war vereinbart.

2. Termin am 11. 2. 1922. Ich bin zur bestimmten Zeit an Ort und Stelle, werde aufgerufen und gehe hinunter. Die Frau Hausbesitzerin wird gesucht, ist aber nicht zu finden. Es wird 1½ Stunde gewartet, sie erscheint nicht. Herr Baumelster Schirmer verordnet sein Gutachten. Ich werde gefragt, ob der Herr Baumelster verordnet werden sollte, erklärte aber, daß ich daran kein Interesse habe, da das Gutachten sich doch mit meinen Angaben, welche ich beim Vergleichstermin mache, deckt. Ich stellte noch an den Herrn Baumelster die Frage, ob er sich meine Kürze genau angelese hätte. Er erklärt darauf nochmals, daß die Kürze vollständig abgewöhnt ist und gemacht werden müsse. Frau Hell ist noch nicht erschienen, ich kann gehen und wird mir gesagt, daß das Urteil mir zugestellt wird, da durch das Fehlen der Frau Hauswirtin noch kein Urteil gesprochen werden kann.

Nun prüfen Sie selbst, nach diesem geschilderten Vorgang, für den ich mich verbürgte, nun frage ich Sie, für wen ist das Mieteinigungsamt da? Mit leichtem Herzen können die Hauswirte das Mieteinigungsamt in Anspruch nehmen, auch wenn sie nicht zur Verhandlung erscheinen, verdonnert wird der Mieter ja doch wenn auch mit Unrecht. Und davon muß gewarnt oder Abhilfe geschaffen werden.

Alte Miete 320 M., Überschreitung 10 M. = 330 M.

Nach dem Urteil 340 M. Miete, zirka 30 M. Kosten = 370 M.

Für was diese Mühe? Für was die Arbeitseinbuße?

Auszug aus dem Urteil.

Hierauf wird am Schlusse der Sitzung in Abwesenheit der Parteien folgender

Beschluß

verkündet:

1. Der Vermieter wird die Zustimmung zur Kündigung des Mietverhältnisses mit dem Mieter Kunze nicht erteilt.

2. Der jährliche Mietpreis wird folgendermaßen festgesetzt: für Kunze vom 1. Juli 1921 auf 340 M.

3. Die Gebühren des Sachverständigen werden auf 40 M. fest gesetzt.

4. Die hohen Auslagen des Verfahrens beim Mieteinigungsamt, einschließlich der Sachverständigengebühren, werden den Parteien zur Hälfte aufgelegt.

Dr. Tröbel.

Barth.

Daher vorstehende Tatsausertigung mit der Urteilschrift überein stimmt, wird hiermit bestätigt.

Leipzig, am 18. Februar 1921.

Der Schriftführer des Mieteinigungsamts der Stadt Leipzig.

Von Sachkennnis ungeliebt.

Der Rote Kurier brachte am Sonnabend einen Artikel über Sozialdemokratische Wohnungspolitik, in dem die USPD nach bekanntem Muster für alles mögliche und unmögliche unter anderem auch dafür verantwortlich gemacht wird, daß bei den städtischen Siedlungshäusern in Moskau zu irgendeiner Zeit die Dachrinnen noch nicht angebracht waren — jetzt sind sie angebracht. Der Rote Kurier verpaßt eben keine Gelegenheit, an der er gelingen kann, wie die USPD die Interessen der Arbeiterschaft verrät. Das macht der Rote Kurier diesmal in folgender Weise: Die Dachrinnen fehlen, eine Kommission der Mieter sucht den unabhängigen

Stadtverordneten Beyer auf und klagt ihre Beschwerden vor. Beyer hat viel Wenn und Aber, doch er hilft nicht! Im Handumdrehen wird der Stadtverordnete Beyer vom Roten Kurier zum Demokraten für Wohnungswesen ernannt, was Beyer aber in Wirklichkeit nicht ist. Also: der unabhängige Wohnungsdemokrat hilft nicht! Darauf wendet sich die Kommission an den Stadtbaurachthütern Herz. Herz wird vom Roten Kurier als Demokrat bezeichnet. Dieser Demokrat hilft sofort, während der Unabhängige nicht geholfen hat. So steht es der Kurier dar. In Wirklichkeit gibt es in Leipzig gar keinen Stadtbaurachthüter Herz, wohl aber einen demokratischen Stadtverordneten Herz. Was aber der unabhängige Stadtverordnete Beyer nicht kann, das kann der Demokrat Herz noch viel weniger. Die Behauptungen des Roten Kuriers sind tendenziös, von Sachkennnis nicht geprägter Schwundel, aber der Zweck heiligt das Mittel: den Unabhängigen muss unbedingt eins ausgewiesen werden.

Forderungen des Leipziger Verkehrsvereins.

Im Saale der alten Handelsbörse tagte am Sonntag die Hauptversammlung des Leipziger Verkehrsvereins, in der zunächst mitgeteilt wurde, daß die Fluggäste während der Leipziger Messe 170 Personen, 2600 Kilogramm Post und 2000 Kilogramm Gepäck befördert hätten. Dann wurde die Frage der Sommerferien erörtert. In einer Entschließung, die angenommen wurde, brachte die Hauptversammlung zum Ausdruck, daß sie eine weitere Zusammenlegung der Sommerferien im Deutschen Reich für eine, auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus zu bekämpfende ungünstliche Währung hört, und zwar nicht nur im Interesse der Bade-, Kurorte und Sommerfrischland, sondern auch ganz besonders im Interesse der erholungsuchenden Familien mit schwulstigen Kindern. Sie rüttet vielmehr ein für ein Ausen in anderseits der Sommerferien im engen Anschluß an die bisherige Ferienordnung, und zwar so, daß für Norddeutschland die Sommerferien beginnen für 1. Berlin und die meisten preußischen Provinzen (jedemfalls mit Ausnahme von Rheinland-Westfalen) etwa (späterstens) am 1. Juli; 2. für Freistaat Sachsen und die Hansestadt etwa am 21. Juli; 3. für Rheinland-Westfalen etwa am 12. August. Für Bayern bzw. Süddeutschland wird Belohlung der bisherigen Sommerferien gewünscht. Die Dauer der Sommerferien braucht durch den dreiwöchigen Zwischenraum zwischen den einzelnen Gruppen nicht geändert zu werden.

Weiter nahm die Hauptversammlung Stellung gegen die Bestrebungen, die sich gegen die Errichtung einer Eisenbahnstrecke in Leipzig und die Verbesserung seines Eisenbahnverkehrs wenden. In einer zur Annahme gelungen Entschließung heißt es, daß Leipzigs berechtigte Wünsche in Beziehung auf den Eisenbahnverkehr nur dadurch verwirklicht werden können, daß Leipziger der Sitz einer Zentralbehörde der Reichseisen-

wer noch nicht eingehen hat, worin es sich in dem Kampfe der Christlichen handelt, der braucht nur das Angstprodukt von Flugblatt zu lesen, das der Kirchenausschuß der 30 Leipziger Kirchengemeinden verbreiten läßt. Sie kämpfen ja gar nicht um die Seelen ihrer Gemeindemitglieder, sondern um die Seelen ihrer Steuergruppen! Es ist kein Kampf um den lieben Gott, sondern um den lieben Mammon, den sie führen. Den Teufel spürt das Wölfschen nie, und wenn er es beim Kragen hält!

Mieter heraus! Unerhörter Mietswucher, unerhörte Mieteinigungsurteile, die jede Gerechtigkeit und Wahrheit vermischen lassen, trieben die Bewohner der Menschenhäuser, Leipzig-Reudnitz, Hofer Straße, in den Mieterstreit. Diesen wie die ganze Mieterbewegung zu erdrosseln, hat man jetzt dem Mieterrat mit Zustimmung der behördlichen Instanzen gesündigt. Mieter! Was man jetzt an uns versucht, wird auch mit euch versucht werden. Dies soll abgewendet werden durch eine Demonstration, die am Mittwoch, abends 7 Uhr, vor dem Rathause stattfindet. Alle Mieter werden zur Beteiligung aufgefordert. Eine Deputation wird unsre Forderungen den Stadtverordneten unterbreiten, und auf Abhilfe wie Aufhebung der Mieteinigungsamtspraxis dringen.

Der Mieterat der Menschenhäuser.

Jugendweiße. Die Eintrittskarten für die Teilnehmer und ihre Angehörigen werden in diesen Tagen durch Elternratsmitglieder den Beteiligten in ihre Wohnungen zugestellt. Die große Beteiligung verursacht dem Bildungsinstitut viel Arbeit, doch werden die Karten rechtzeitig einige Tage vor dem Fest ausgetragen sein. Es ist also gar kein Grund zur Unruhe vorhanden.

Allgemeines Lehrerbildungsinstitut. Aufführungen im Alten Theater: Sonntag, 20. März, nachmittags 1/2 Uhr, Jugendvorstellung: Pygmalion, Lustspiel. Karten hierzu sind noch in der Fassade des Hauses zu haben. Doppelpaare 5 M., einsame 2,50 M. — Sonntag, 27. März, nachmittags 2 Uhr: 1913, Schauspiel in drei Akten, von Karl Sternheim. — Montag, den 28. März, nachmittags 2 Uhr: Pygmalion.

Oberschlesische Opferstage am 18., 19. und 20. März 1921 veranstalten, wie man uns mitteilt, als Abschluß der ganzen Grenzpendauerwerbung die hierzu zuständigen Stellen, Vereinigte Deutsche Schuhbund, Zweigstelle Leipzig, und der Deutsche Schuhbund, Zweigstelle Leipzig.

Zur Speisung vorschulpflichtiger Kinder wird uns vom Ortsausschuß der Kinderhilfssmission geschrieben:

Die von uns eingerichtete Speisung der vorschulpflichtigen Kinder hat in Elternkreisen starken Zuspruch gefunden, so daß wir täglich 3000 Kleinkinder speisen konnten. Da die amerikanische Kinderhilfssmission die uns für diese Kinder zur Verfügung stehende Zahl der Speisestände erhöht hat, sind wir in der angenehmen Lage, die Speisung auch auf Kleinkinder und Südtirol ausdehnen zu können. Der neue Speisestand für die Kleinkinder beginnt am 4. April 1921. Es können teilnehmende Kinder, die zwischen dem 1. 7. 16 und 31. 12. geboren und vom Arzt als unterernährt bezeichnet werden. Die Untersuchungen finden statt: In Kahlers Festjälen, L.-Volkmarstraße, Eißelbergsstraße 13, nachmittags 8½–10½ Uhr, Mittwoch, den 16. 3. für die Ansiedlungsbüro A–H, und Donnerstag, den 17. 3. für I–J; in der Speisestube VII, Südtirol, Wasserstraße 5, Dienstag, den 22. 3., nachmittags 4–6 Uhr; im Zoologischen Garten, Pfaffendorferstraße 29, (Eingang Gartentor), Dienstag, den 22. 3., nachmittags 8½ bis 10½ Uhr; im Deutschen Haus, Lindenau, Lindenauer Markt 21, nachmittags 8½–10½ Uhr, Donnerstag, den 17. 3. I–H, und Freitag, den 18. 3. I–J; in Mählers Festjälen, Kleinschöchet, Gießerstraße 66, Montag, den 21. 3., nachmittags 8½–10½ Uhr. Als Speisebeitrag sind 1,50 M. für die Woche im voraus zu bezahlen. Der erste Beitrag ist schon bei der Untersuchung zu bezahlen. Betont sei aber, daß das Essen an Ort und Stelle zu verzehren ist. Die Kindergarten- und Kinderbewahranstalten, die jetzt an unsre Speisung angegeschlossen sind, werden mit Ausnahme weniger das Essen auch weiter erhalten können.

35 Prozent Dividende. Der Ausschuss der Kammgarnspinnerei Söhne u. Co., Aktiengesellschaft, in Leipzig-Blaßwitz, hat beschlossen, für das Geschäftsjahr 1920 die Auszahlung einer Dividende von 25 (I. V. 20) Prozent und einen Bonus von 10 (I. V. 0) Prozent, der Generalversammlung vorzuschlagen. — Da ist es kein Wunder, wenn Arbeiter keine Kleider kaufen können.

Schülerarbeitsausstellung in der Städtebauhalle am 17. März (9–5 Uhr) und am 18. März (9–1 Uhr). Die Besichtigung dieser Ausstellung ist Interessenten unentbehrlich gestattet.

Die öffentliche Versammlung über Feuerwehrbildung in Paunsdorf kann nicht am 15. März im Gutsbezirk, sondern am 17. März, abends 1/2 Uhr, im Neuen Gasthof stattfinden. Fester findet am 16. März, abends 1/2 Uhr, eine Versammlung in Kahlers Festjälen mit gleichem Thema statt.

Polizeinachrichten.

Überfall in der Altenkirchenstraße. Zeugen gesucht. Um 11. d. Mts. stürzte in der 2. Stunde, will ein in der Josephstraße in L.-V. Lindenau auf Besuch weilender Werkmeister in der Altenkirchenstraße zwischen der Merseburger und Josephstraße von drei unbekannten Männern überfallen und misshandelt worden sein, so daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Er hat sich seiner Angabe nach in der Lützner Straße von einem Verwandten, mit dem er mehrere Gastwirtschaften besucht hatte, verabschiedet und ist auf dem Heimweg begriffen geworden und auf der Straße liegen geblieben sein. In diesem Zustand soll er von einem Herrn und einer Dame aufgefunden und nach seiner Wohnung gebracht worden sein. Um diesen Fall aufzuklären, werden jener Herr und jene Dame dringend gebeten, sich möglichst sofort bei der Kriminalabteilung oder der nächsten Polizeiwache zu melden.

Diebstahl in einer kleinen Kirche. Aus einer kleinen Kirche sind am 9. d. M., vormittags, ein Lesepultbehang aus violettem gemustertem Seidenstoff, 70×140 Centimeter, mit Goldstickerei (Christus mit dem Lamm), aufgenäht, silberner Goldstickerei (Tresse und Fransen am unteren Ende in Gold, Silber und Violett, sowie eine gleichartige Altartede), jedoch ohne Tidore und Fransen, gestohlen worden. Einige sachdienliche Wahrnehmungen teile man sofort der Kriminalabteilung oder der nächsten Polizeiwache mit.

100 000 Mark unterschlagen. 3000 Mark Belohnung. In Buer-Erle hat der Postgehilfe Paul Kwapisch aus Münster in Westf., 24 Jahre alt, 1,78 Meter groß, schlank, mit blondem, gekräuseltem Haar, 100 000 M. unterschlagen und ist flüchtig. In der rechten Hand fehlt ihm 4 Finger. Ein Bild des Flüchtigen liegt bei der Kriminalabteilung zur Ansicht aus. 3000 M. sind als Belohnung ausgesetzt worden. Kwapisch wettet leidenschaftlich. Es sei deshalb Weltbüro auf dieses Ausschreiben besonders aufmerksam gemacht.

Warnung vor Anlauf von Brot, Fett- und Zuckermarken! Durch Einbruch in das Lebensmittelamt in Bad Dürrheim sind dort ungefähr 50 Blatt Broimarken und 1000 Blatt Fett- und Zuckermarken gestohlen worden. Es wird vor dem Anlauf solcher Marken gewarnt. Sollten sie hier angeboten werden, lasse man die Zeit. Person ohne weiteres festnehmen.

zum Anlaß, in der Dresdner Volkszeitung zu erklären, daß Meier Zustand für die sozialdemokratische Partei unerträglich sei. Als Anwesenheitsdisziplin könne keine kranke Abgeordnete nicht in die Kammer bringen. Es entstehe die Frage, inwieweit das Partei- und Regierungsinteresse eine Lösung über die Köpfe der Erkrankten hinaus erhebe. Mit andern Worten: die kranken Vollvertreter Minister Schwarz, Grenz und wohl auch Sindermann, sollen auf ihr Mandat verzichten. Diese Lösung, so erklärt jedoch Abg. Bethke weiter, könne nur eine Augenblickslösung sein, denn was sich da zeige, sei nur eine Ercheinung, der auf äußerst schwachen Füßen stehenden Koalition an sich. Bethke schreibt, es müsse immerhin verucht werden, die Koalition so lange wie möglich aufrecht zu erhalten. — Die Dresdner Volkszeitung kündigt in einem Nachlaß an, sie werde demnächst einen Vorschlag zur Lösung dieser Frage unterbreiten.

Gründung einer Verwaltungs-Realschule in Dresden.

An der Neustädter Realschule in Dresden sollen Klassen für künftige Verwaltungsbeamte eingerichtet werden. Sie sollen in einer Linie begabten Vollschülern die Möglichkeit bieten, in drei Jahren eine Ausbildung zu erlangen, die den Zielen der Realschule entspricht. Der Fachunterricht umfaßt Staatsbürgerkunde und Volkswirtschaftslehre, Verfassungs- und Rechtskunde, Buchführung usw. Das sächsische Unterrichtsministerium hat in Aussicht gestellt, das Abschlußzeugnis als dem Reifezeugnis der Realschule entsprechend anzuerkennen. Die unterste Klasse soll bereits nach Ostern ins Leben treten.

Zur Förderung des Wohnungsbauens in Sachsen
hat der Haushaltsausschuß beschlossen: Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, im Berlitz des Reichsnotvertrages vom 12. Februar 1921 auf Förderung des Wohnungsbauens im Freistaate Sachsen in den Regierungsjahren 1921 und 1922 einen Betrag von insgesamt 280 Millionen Mark aus Staatssmitteln aufzuwenden und die ländlichen Gemeinden zu verpflichten, einen Betrag von 140 Millionen Mark aus Gemeindemitteln zur Verfügung zu stellen. Die Versenkung und Tilgung der von Staat und Gemeinden aufzubewendenden Forderungen soll dergestalt erfolgen, daß vom Rechnungsjahr 1921 ab für die Dauer von etwa 20 Jahren ein allgemeiner Zuschlag zur staatlichen Grundsteuer unter Zugrundeziehung der Friedensbrandversicherungsumlage von denjenigen Gebäuden erhoben wird, die vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellt sind.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Spaltungarbeit der Kommunisten
in den Gewerkschaften geht weiter. Nachdem im Metallarbeiterverband die KPD-Zellen bereits zu einer Reichskonferenz zusammengetreten waren, werden nun auch in anderen Verbänden die Zellen zentralistisch zusammengefaßt. So wird für den 20. März eine Konferenz der KPD-Zellen des Holzarbeiterverbands in Mitteldeutschland nach Halle einberufen. Richard Müller-Berlin und Lieske-Berlin halten Referate. Im Bergarbeiterverband geschieht das gleiche. Hier wird für den 20. März eine Bezirksbergarbeiterkonferenz nach Halle einberufen. Die Einladung hierzu ist an die Bezirksleitung der KPD gerichtet und entstammt der Bezirksleitung der KPD-Halle-Merseburg. Sie ist unterzeichnet von dem Sekretär Bowinkel. Die Konferenz soll sich mit dem Verbandsrat des Bergarbeiterverbands beschäftigen.

Es liegt auf der Hand, daß aus dem kommunistischen Vor gehen Gefahren für die innere Zusammengehörigkeit der Verbandsmitglieder entstehen müssen, die sich aus Gründen der inneren Logik bis zur Gefahr der Spaltung steigern müssen. Die Anhänger der kommunistischen Führerdesperatos dürfen nicht beschweren, wenn die Verbandsleitungen gegen diese Zeugungsabsichten mit entsprechenden Abwehrmaßregeln vorgehen.

Reaktionäres aus Polen.

Dem polnischen Reichstag ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der von den katholischen Priestern eingefordert ist und von den national-konservativen Zunftheilsgesellschaft lebhaft unterstützt wird und womit eine Art "Schlichtungsvorschrift" in Arbeitsstreitigkeiten geschaffen werden soll. Wer entgegen der Entscheidung des Schlichtungsamts sich bemüht, einen Streik hervorzurufen, soll mit Haft oder Geldstrafe belegt werden. Nichtet sich der Streik gegen einen staatlichen Betrieb, dann beträgt die Strafe bis drei Monaten oder bis 15 000 Mk. Wer andre an der Arbeit hindert oder zum Streik auffordert, wird mit einem Jahr oder 25 000 Mark bestraft. Diese Strafen verdoppeln sich, wenn die Arbeiter gefährdet wird. Wenn sich der Angeklagte bewußt ist, daß durch den Streik die Gefahr des Feuers, des Hungers oder des Fehlens der Lebensmittel, des Wassers, des Lichtes, der Heizung vergrößert werden kann, dann kann er zu Juchthaus bis zu drei Jahren verurteilt werden. Wird ihm aber nachgewiesen, daß er bedroht habe, Erzesse heranzurufen, oder hat er den Generalstreik durch Wort oder Schrift propagiert, dann verfällt er einer Juchthausstrafe bis zu fünf Jahren.

Der Gesetzentwurf steht mit aller Deutlichkeit, daß es für die oberen Arbeiter doch nicht ganz gleichgültig ist, wie die Abstimmung am 20. März ausfällt.

Streik in der schlesischen Schotterindustrie.

Die Steinarbeiter sämtlicher Schotterwerke Schlesiens stehen seit 11. März im Streik um eine beschleidete Lohnherhöhung, die

bereits seit 7. Mai 1920 Gegenstand von Verhandlungen vor den Schlichtungsstellen, zweimal vor den Demobilisierungskommissionen und Reichsarbeitsministerium war. Berehdene ohne Mitwirkung der Schlichtungsstellen geplogene Verhandlungen haben außerdem noch stattgefunden. All diese friedlichen Mittel haben keinen Erfolg gezeigt.

Auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums stand am 17. Februar 1921 wieder ein Termin vor einem frei zusammengetretenen Schlichtungsausschuß statt, der einstimmig, also unter Zustimmung der Unternehmer, die direkt an der Sache beteiligt waren, einen Schiedspruch fällte, der den Arbeitern für all die seit Mai 1920 eingetretenen Leidungen pro Stunde 30 Pf. Lohnzulage aufreicht. Während die Arbeiter trock alle Bedenken den Schiedspruch annahmen, lehnten die Unternehmer wiederum rundweg ab. Dabei muß erwähnt werden, daß die Unternehmer beim Schlichtungsausschuß ihre Leistungsfähigkeit selbst anerkannt haben, wie es aus dem Schiedspruch klar hervorgeht. Als Schirmacher innerhalb der Unternehmer treten vor allem die Kreisbaumeister der Kreise Trebnitz und Hirschberg, sowie der Provinz Posen und Westpreußen auf.

Kein Arbeiter darf und wird sich finden, der den Streikenden in den Rücken fällt. Alle in Frage kommenden Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes werden gebeten, den lärmenden Steinarbeitern ihre Unterstützung zu gewähren. In Frage kommen die Orte: Ostritz, Kerzen, Langenrods, Niedersaida, Niedersaida, Greiffenberg, Wiesa i. Sch., Mauer a. B., Goldberg, Hermsdorf, Selsendorf, Oberwittgendorf, Königswalde, Tannendorf, Silbit.

Auskunft durch unterzeichnete Zeitung. Arbeitersfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Zentralverband der Steinarbeiter, Sitz Leipzig.

Kommunisten stem in Alem mit Rechtsozialisten!

In Magdeburg haben seit langem unter Genossen im Metallarbeiterverband die Mehrzahl der Kollegen hinter sich gehabt. Die Rechtsozialisten hatten wiederholt vergangenen verlust, die Verwaltung zurückzuerobern. Was ihnen allein nicht gelungen ist, dazu haben ihnen nun die Kommunisten verholfen. Die Kommunisten haben welche Stimmzettel ab, so daß bei der Wahl des ersten Bevollmächtigten die SPD. 906 Stimmen, die USP. 770 Stimmen erhielt. 21 Zettel waren unbeachtet. Es war interessant, festzustellen, daß hier im Kampf gegen die USP-Metallarbeiter die SPD. und KPD. diese Freundschaft pflegten. In der Sonntagsversammlung artete die Ankleiderung der SPD. an die KPD. fast zur Widerwärtigkeitszelt aus. Unsre Magdeburger Genossen sind angestellt der gegenwärtigen Verhältnisse stolz auf das Ergebnis der Wahl, das sie nicht erwartet haben. Von beiden Seiten eifrig tolgelte USP. hat ihre Leidenschaft glänzend bewiesen. Die Leutchen links und rechts machen lange Gesichter. Unsre Genossen sind der Auseinandersetzung über die vereinigten SPD.- und KPD.-Freunde im Magdeburger Metallarbeiterverband siegen werden.

Kampf um den Achtstundentag.

Ein großer Wirtschaftskampf, bei dem mit dem Ausstand von etwa 200 000 Arbeitern zu rechnen ist, bereitet sich nach einer Vorwärtsmeldung in der amerikanischen Fleischkonsernenindustrie vor. Nach einer Drahtmeldung aus Chicago beabsichtigen die in einem Trust vereinigten Fabrikanten dieser Industrie den Achtstundentag abzuschaffen und gleichzeitig einen Lohnabfall von 12% Prozent vorzunehmen. Die Arbeiter werden voraussichtlich diese unverhüllte Forderung mit dem Ausstand beantworten.

Die Lohnbewegung der Buchbinderei-Märktehler

Ist auf dem Wege der Verhandlung zum Abschluß gekommen worden. Die Löhne erhöhen sich bei Arbeitern bis zum 21. Jahre um 10 Mk., über 21 Jahre um 15 Mk. pro Woche, rückwärts ab 7. März 1921. Es wird empfohlen, den verhexten Kollegen, die das 25. Lebensjahr noch nicht erreicht haben, eine entsprechende Zulage zu gewähren. Die Kollegen wollen dafür sorgen, daß am kommenden Freitag die Auszahlung richtig erfolgt.

Deutscher Transportarbeiter-Verband,

Die Sektionsleitung.

In den Betrieben der chem. Wäschereien und Färbereien der Firmen Hugo Ludner, Wahren, Franz Borelli, Plagwitz, Gustav Sainhammer, Jhr. Herzog, Lindenau, Pura, Entwickl. Färberei Adler, Stötterig, ist wegen Lohnforderung der Streik ausgebrochen. Die Betriebe sind für alle Arbeiter und Arbeitnehmer bis auf weiteres gesperrt.

Deutscher Textilarbeiterverband.

Gerichtsstaat.

Schwurgericht.

Zwei Todesurteile.

Wege schwer... Raub und versuchten Totschlages, sowie wegen Mords, schweren Raubs und Anstiftung dazu standen die drei Brüder Otto, Alfred und Artur Lasch und Otto Vogel, sämtlich Arbeiter aus Leipzig, vor den Geschworenen. Der 27jährige Otto Lasch und sein 28jähriger Bruder Alfred Lasch haben am Abend des 20. Januar 1919, als sie durch die Eisenbahnstraße gingen, in dem Riemannischen Kohlenkontor noch Licht brennen sehen und beschlossen, da sie arbeitslos und in Not waren, sich dort Geld zu holen. Sie trugen den

allein anwesenden Prokuristen Hindessen, ob sie Kohlen bekommen könnten. Als er es vernahm, zogen sie beide ihre Schädeldecken ab. Wihrend Otto Lasch den Prokuristen mit der Pistole bedrohte, raudte Otto Lasch aus dem Geldschrank 100 Mk. Einen Beitrag von 7000 Mk., der im Zeitungspapier eingeschlagen war, konnte Hindessen unbemerkt an sich nehmen. Als sie sich aufzuzogen, glaubte Hindessen, die Räuber wollten ihn einschließen. Er machte eine Bewegung nach der Tür zu und Otto Lasch, der davon, Hindessen wollte sie verfolgen, feuerte auf ihn, um ihn davon zu hindern. Er behauptet, daß er nur einen Schreckschuß abgegeben, den Prokuristen aber nicht verletzen oder töten wollte.

Außer diesem Verbrechen hatten die Geschworenen noch über den am 17. Dezember 1919 von Otto Lasch und Otto Vogel begangenen Raub an der Heiligen Brücke zu Gericht zu führen.

Otto Lasch behauptet, sein Bruder Artur habe sie dazu bestredet, den 23jährigen Kaufmann Theodor Egger zu überfallen und ihm die Briefstafte, in der sich 30 000 Mk. befanden, zu rauben. Nachdem sie ihm einmal vergeblich ausgelaufen waren, sprach ihn Otto Lasch am 17. Dezember, abends in der 10. Stunde, an der Ecke der Planitzer- und Molchelstraße an, fragt ihn nach seinem Namen und erfuhr, daß er mit nach der Brücke zu kommen, da ihm dort jemand sprechen wolle. Dort angekommen, schoß ihn Vogel ohne weiteres nieder. Die beiden schiefen Egger, der sofort tot war, dann hinter die Trinkstube, raudte ihm Briefstafte, Uhr und Ringe, teilte das Geld in der Wohnung Lasch's und ebenso später eine Summe von 1000 Mk., die sie beim Verlauf der Verhandlungen erzielten. An Artur Lasch hätten sie davon 150 Mk. abgezogen.

Vogel behauptet, von Egger barsch angesprochen worden zu sein, weil er stark angebrunnen war, und daraus hin den Schutz abgegeben zu haben. Er habe aber nicht die Absicht gehabt, Egger zu verletzen.

Artur Lasch bestreit ganz entschieden, seinen Bruder und Vogel zu dem Raubüberfall veranlaßt zu haben. Er habe erst am andern Tage etwas von dem Überfall erfahren.

Die Geschworenen sprachen Otto Lasch des Mordes und Raubes an dem Kaufmann Egger und des verschuldeten Totschlages und Raubes an dem Prokuristen Hindessen schuldig. Alfred Lasch wurde schuldig gesprochen, den Raub bei Hindessen begangen zu haben, es wurden ihm aber mildernde Umstände zugestanden. Von der Anklage des verüchten Totschlages wurde er freigesprochen. Otto Vogel wurde des Mordes und Raubes an dem Kaufmann Egger schuldig gesprochen. Bei Artur Lasch wurde die Schuldfrage verneint.

Die Richter verurteilten daraufhin Otto Lasch zum Tode, zu zehn Jahren Juchthaus und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Otto Vogel zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Alfred Lasch zu zwei Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrenverlust. Artur Lasch wurde freigesprochen.

Verbreitung von Fallshäls. Der arbeitslose 20jährige Kunstreiter Ildor Dreßler aus Loba lernte im Haderer in Berlin einen galischen Zden kennen, der ihm 20 Stück falsche Kunstmünzstücke für 720 Mk. verkaufte. Dreßler fuhr damit nach Leipzig und lehrte sie mit Hilfe seiner Verwandten, des 23jährigen Expedienten Taetl Rudelträger und dessen 14jährigen Schwester Marie um. Die beiden Geschwister laufen in den Laden Kleinleut, die sie mit den falschen Scheinen bezahlten. Das Wechselsiegel liefern sie an Dreßler ab, der ihnen 5 Mk. für jeden Schein gab. Dreßler hat dann noch zweimal je 30 Stück falsche 50-Mk.-Scheine von dem Unbekannten für 38 Mk. gekauft. Daraus wurden wieder 30 Stück in Leipzig abgezogen, die letzten 30 wollten sie in Chemnitz an den Mann bringen, wurden aber verhaftet, als sie erstmals 5 Scheine losgeworden waren. — Alle drei Angeklagten haben gewußt, daß es falsches Geld war. Ildor Dreßler erhielt als Hauptstrafe 2 Jahre 2 Monate Juchthaus und 5 Jahre Ehrenverlust. Taetl Rudelträger 1 Jahr 3 Monate und Marie Rudelträger 3 Monate Gefängnis.

Briefkassen der Redaktion.

G. R. 1. Nur das Standesamt ist zuständig. Der Klerus ist durch die neue Gesetzgebung völlig ausgeschaltet.

R. A. A. Darüber entscheidet das Mietvertragsamt.

N. D. 1. Wenn es sich wirklich um kein Geschäft handelt, müssen Sie die Sachen zurückgeben.

H. E. 2. 1. Durch den Austritt bestreit er sich von dem Zahlung der Steuern. Für die Frau muß die Steuer weiter gezahlt werden, wenn sie nicht austritt.

Zweijchalt. Der Abzug von 20 Prozent ist vollkommen ungültig, zumal es sich hier nur um einen gelegentlichen Bordienst handelt.

Arbeiter! — Werbt neue — Volkszeitung — für.

Laut behördlicher Verfügung ist der Verkauf der Milchfabrikate Buco-Buttermilch und

Ramogen-Fettmilch frei gegeben

Dose je 9.80 Mk. in Apotheken und Drogerien. — Gratisbroschüre durch Deutsche Milchwerke, Zwingenberg (Hessen).

Witschels Fischhaus 41-

Plagwitz, Zschochersche Str.

Blutfrisch vom Fangplatz empfohlen:

Schellfisch ohne Kopf in ganzen Fischen, à Pfd. 2.00

im Anschnitt 2.25 Mk., Kotelets 2.50 Mk.

blutfr. Angelschellfisch, à Pfd. 2.30 Mk.

Blutfr. große grüne Heringe

à Pfund 2.00 Mk., 3 Pfund 3.50 Mk.

Die la prima Kathreiners Tafelmargarine

in Würfel (wie gute Butter) à Pfd. 10.00 Mk.

Neu eingetroffen

Watson-Seife

450 Gramm Doppelstück

Konfurreales billig

Deutsche Kernseife

ächterte Tagespreise

K. Böttiger Leipzig Elsterstr. 53

Licht- und Naturheilverfahren

Blutreinigungskuren, Sorgf. Behandlung, Vorausgehende gründl. Untersuchung der inneren Leiden mit Nach-

prüfung aus den Krankheitszeichen in den Augen. Sprechz. 9-12 3-5 Pfaffendorfer Str. 14.



Lichtspiele
Bornaische Str.
Heute bis Donnerstag:
• HARAKIRI! •
Großer japanischer Prunkfilm.
Einer Geisha Liebe und Leid:
Die Geschichte einer kleinen Japanerin. 6 Akte.
Der IV. Teil des Kolossal-Fortsetzungs-Films
10 Episoden JUDEX 26 Akte.
Jeder Teil ist für sich abgeschlossen.

ia Brat- und Back-Fett zu Mk. 9.50
Schweinefett 10.50
Trinkkeleram. 1.50
Fm. G. Reicholt, Molkerei
Inh. K. Herrmann
2. - Neubn., Gemeindestr. 18
K. Strahmer, Molkerei
Johanniskloster 13
Jüngersberg's Gut.

Die Reichseinkommensteuer
von Adolph Wed. — Preis 1.50 Mk.
Leipziger Buchdruckerei U. G., Zaucker Str. 19/21

Der Taugenichts.

Von Anton Tschechow.

VI

An einem Sonntag kam zu mir ganz unerwartet Doktor Blagowo. Er trug unter seiner Sommerkleidung ein blaues Seidenhemd und hatte Packstücke an.

"Ich komme zu Ihnen!" begann er, und drückte mir kräftig die Hand. "Jeden Tag höre ich von Ihnen und habe immer die Hoffnung, mich mit Ihnen auszusprechen. In der Stadt herrscht furchtbare Langeweile es ist keine lebendige Seele da, mit der man ein Wort reden könnte. Heil ist es, heilige Mutter Gottes!" fuhr er fort, die Lippen ausziehend. "Liebster, lassen Sie mich mit Ihnen sprechen!"

Ich langweilte mich auch selbst und sehnte mich schon längst nach der Gesellschaft von Alchymisten. Ich freute mich aufrichtig über seinen Besuch.

"Zuallererst will ich Ihnen sagen," fing er an, sich auf mein Bett setzend, "dass ich mit ganzer Seele mit Ihnen fühle und Ihre ganze Lebensweise achte. Hier in der Stadt besteht man Sie nicht, es ist auch niemand da, der Sie verstehen könnte; Sie wissen wohl selbst, dass es hier mit wenigen Ausnahmen nur Bösewichte gibt. Über Sie habe Sie schon damals beim Bildnis gleich durchschaut. Sie sind eine edle Seele, ein ehrlicher Idealist. Ich achte Sie und halte es für eine große Ehre, Ihre Hand drücken zu können!" fuhr er begeistert fort. "Um das Leben so radikal zu verändern, wie Sie es getan, haben Sie einen komplizierten seelischen Prozess durchmachen müssen, und um dieses Leben fortzuführen und immer auf der Höhe Ihrer Überzeugungen zu bleiben, arbeiten Sie wohl tagaus, tagbei angestrengt mit Kopf und Herz. Sagen Sie mir nun gleich zu Beginn unserer Unterredung: finden Sie nicht, dass, wenn Sie diese ganze Willenskraft, diese ganze Anspannung und Potenz auf irgend etwas anderes verwandeln hätten, z.B. um mit der Zeit ein großer Gelehrter oder Künstler zu werden, Ihr Leben auch viel leichter und wohler Beziehungen produktiver geworden wäre?"

So begann unser Gespräch, und als die Rede auf die körperliche Arbeit kam, äußerte ich folgenden Gedanken: es sei in erster Linie notwendig, dass die Starken die Schwachen nicht knechten, dass die Minderheit für die Mehrheit nicht zu einem Parasiten werde, oder zu einer Pumpe, die aus ihr chronisch die besten Güter auslauft; mit andern Worten, es sei notwendig, dass alle ohne Ausnahme, die Starken wie die Schwachen, die Reichen wie die Armen, gleichmäßig, ein jeder für sich, am Kampf ums Dasein teilnehmen; in dieser Beziehung gäbe es kein besseres nivellierendes Mittel als die zu einer allgemeinen, für alle obligatorischen Pflicht erhobene körperliche Arbeit.

"Nach Ihrer Ansicht müssen sich also alle mit körperlicher Arbeit befassen?" fragte der Doktor.

"Ja." "Glauben Sie denn nicht, dass, wenn sich alle, auch die hervorragendsten Menschen, die größten Denker und Gelehrten, am Kampf ums Dasein beteiligen und ihre Zeit zum Steinewischen oder Dächeranstreichen verwenden, dem Fortschritt eine große Gefahr entstehen würde?"

"Worin soll denn diese Gefahr liegen?" fragte ich. "Der Fortschritt besteht ja in den Taten der Liebe, in der Erfüllung der stützlichen Pflicht. Wenn Sie niemand unterdrücken, wenn Sie niemand auf Last fallen, so ist das doch wahrscheinlich ein großer Fortschritt!"

"Über erlauben Sie einmal!" fuhr Blagowo plötzlich auf: "Erlauben Sie! Wenn die Schnecke sich in ihrem Schnellenhaus mit verschlüsselter Selbstvervollkommenung beschäftigt und im stillen Gesetz herumstöchert, so nennen Sie das Fortschritt?"

"Warum sagen Sie herumstöchert?" entgegnete ich beleidigt. "Wenn Sie Ihren Nächsten nicht zwingen, Sie zu ernähren, zu bekleiden, zu füllen, vor Ihren Feinden zu beschützen, so bedeutet dann das im Leben, das ganz auf Macht und auf Gewalt aufgebaut ist, keinen Fortschritt? Meines Erachtens ist das der schlechteste und wohl der für den Menschen einzige mögliche und notwendige Fortschritt."

"Die Grenzen des allmenschlichen, weltumfassenden Fortschritts liegen in der Unendlichkeit, und von einem „möglichen“ von unsrigen Nötzen und zeitlichen Anschauungen beschränkten Fortschritt zu sprechen, finde ich, entschuldigend Sie mich, sonderbar."

"Wenn die Grenzen des Fortschritts, wie Sie sagen, in der Unendlichkeit liegen, so sind seine Ziele unbestimmt," entgegnete ich ihm. "Wie kann man leben, ohne zu wissen, wozu man steht?"

"Gu! Aber dieses Nichtwissen ist weniger langweilig als Ihr Wissen. Ich steige eine Leiter hinauf, die man Fortschritt, Zivilisation, Kultur nennt, ich steige immer höher, ich weiß zwar nicht bestimmt, wohin sie mich führt, aber diese herkömmliche Leiter macht mir schon allein das Leben lebenswert; Sie aber wissen, wozu Sie leben; damit die einen die andern nicht unterdrücken, damit der Künstler und derjenige, der ihm die Farben reicht, das gleiche Mitabrot essen. Das ist aber die spielerische, pro-saische, graue Seite des Lebens, und für Sie zu leben, ist einfach etabliert. Wenn die einen Infesten die andern unterlochen, so hilft sie der Teufel! Sollen sie einander fressen! Nicht an diese Geschöpfe müssen wir denken — Sie werden ja sowieso, und wenn Sie sie auch von der Sklaverei retten, sterben und versauen; sondern an das große X, das die Menschheit in der Zukunft erwartet."

Blagowo widersprach mir mit grohem Eifer, ich konnte ihm aber antworten, dass ihm irgendein ganz anderer Gedanke beschäftigte. "Ihre Schwester wird wohl nicht kommen," sagte er nach einem Blick auf die Uhr. "Gestern war sie bei uns und sagte, dass sie heute zu Ihnen kommt. Sie sprechen immer von Sklaverei . . ." fuhr er fort. "Das ist aber nur eine Täuschung, und alle solche Fragen werden von der Menschheit allmählich, ganz von selbst gelöst."

Nun kamen wir auf die allmähliche Entwicklung zu sprechen. Ich sagte, dass die Frage, ob gut oder böse zu handeln sei, jeder Mensch für sich lösen müsse, ohne erst abzuwarten, dass die Menschheit zur Lösung dieser Frage auf dem Wege der allgemeinen Entwicklung gelange. Außerdem sei diese allmähliche Entwicklung ein zweischneidiges Schwert. Neben dem Prozess der Entwicklung der humanen Ideen könne man auch die allmähliche Entwicklung von Dingen ganz anderer Art beobachten. Die Arbeitsteilung sei abgeschafft, dafür aber wachse der Kapitalismus immer an. Und selbst in der Zeit, wo die freiheitlichen Ideen in höchster Blüte stehen, müsse die Minderheit ebenso wie in den Tagen des Tatortenstocks die Minderheit ernähren, kleiden und verteidigen und bleibe dabei selbst hungrig, nackt und schwachlos. Eine solche Ordnung könne sich mit beliebigen ideellen Strömungen sehr gut vertragen, denn auch die Kunst der Knechtung werde allmählich aussterben. Wohlgläubigen nicht mehr unterhalten mit Ratten, aber wir verleihen der Sklaverei raffiniertere Formen; jedenfalls verleihen wir es, sie in jedem Einzelfall zu rechtfertigen. Wir halten alle die Dinge in großen Ehren, aber wenn wir jetzt, im Ausgang des 19. Jahrhunderts, die Möglichkeit hätten, auf die Arbeiter auch ungern unangenehmsten physiologischen Verhältnissen abzuwählen, so stieg wir es und sagten dann zu unserer Rechtfertigung, das

wenn die besten Menschen, die größten Denker und Gelehrten ihre goldene Zeit auf diese Verhältnisse verlieren würden, dem Fortschritt eine große Gefahr drohte.

(Fortsetzung folgt)

Kunstgewerbe und Kunst in den Messausstellungen.

Die enge Verbindung, in der heutzutage noch die Kunst und das Kunstgewerbe mit dem industriellen Wirtschaftsleben stehen müssen, zeigten die Meßausstellungen der Künstler und Kunstgewerber, die einen großen Raum im diesjährigen Meßbetrieb einnehmen. Es ist gewiss nicht schön, dass heutzutage der Künstler nicht völlig frei schaffen kann, sondern gleichzeitig Kaufmann sein muss, aber im Interesse der Lebensfähigkeit der Kunst ist es zu begrüßen, wenn die Künstlerschaft es versteht, sich in das heutige Wirtschaftsleben einzupassen. In diesem Sinne ist es doch erfreulich, wenn die Künstler den Mut haben, ihre Erzeugnisse in den kapitalistischen Wirtschaftsbetrieb zu mischen, mit dem sie eigentlich ihrem Wesen nach nichts gemein haben.

Die Kunstgewerbliche Ausstellung im Grassimuseum war wohl das interessanteste und Beste der gesamten diesjährigen Meße. Vor allem stehen die Erzeugnisse der österreichischen Kunstgewerber auf erster Höhe. Alles, was hier an Schmuckstücken, Geschirr, Textilwaren und ähnlichen gezeigt wird, spricht von einer ebenso hohen Herrschaft über das Material, wie von erleben, aber niemals auf die Spitze getriebenen und überkultivierten Geschmack. Alle diese wunderbaren Arbeiten sind trocken feinheit und Eleganz so zwingend schön für den Betrachter aus jeder Wollschicht, dass nicht davon die Rede sein kann, dass sie etwa ihrem künstlerischen Wert nach nur für die dumme Übersicht, die sie ja aus wirtschaftlichen Gründen nur erwerben kann, geschaffen seien. Hoffen wir, dass einst eine Zeit kommt, wo diese breitesten Wollschichten zugute kommen kann! Auch was die sächsischen Spikenkunst an Erzeugnissen vorführt, steht auf solcher künstlerischer Höhe, dass die Förderung der wirtschaftlich benachteiligten Kästen nach dem Besitz solcher Erzeugnisse jedem verständlich und einleuchtend werden muss.

Die Leipziger Akademie bot in einer Ausstellung "Werbelustige" Arbeiten ihrer Schüler. Es ist immer wieder zu betonen, dass heutzutage wohl kein andrer Zweig der angewandten Kunst so bewusst ist, an der künstlerischen Erziehung unseres Volkes mitzuwirken, wie gerade dieser. Was davon in der Ausstellung gezeigt wird, steht auf erfreulicher Höhe im Gegensatz zu freien graphischen Arbeiten, von denen auch einige zu sehen sind, und die fast ausnahmslos über das Niveau unselbständiger und der persönlichen Eigenart entbehrenden Schülerarbeiten nicht hinauskommen. Vor allem sind es die Klassen von Professor Sielemer-Prag und Professor Lennemann, die in künstlerischen Radungen von Gebrauchsgegenständen und auf dem Gebiete der Reklame Ausgezeichnete leisten. Aus den vielen guten Arbeiten, die diese Klassen geleistet haben, ragen besonders hervor neben einigen guten Flächenmustern von H. Roth und G. Günther die Entwürfe von Toni Lommel, der eine urprüngliche Süddeutsche Art in Zeichnung und Komposition hat, und die Arbeiten von Irmgard Sörensen, die einen strengen norddeutschen Stil zeigen und nur durch ihre Feinheit wirken unter Berücksicht auf alle großen, ins Auge stechenden Kontraste, wie man sie sonst von den artigen Arbeiten gewöhnt ist. Überhaupt zeigt die ganze Ausstellung, dass man in Leipzig bemüht ist, unter Berücksicht auf alle äußeren optischen Effekte auf dem Gebiete der Werbekunst nur künstlerisch Vollwertiges zu schaffen. Nur möchte man davon auch in der Deutlichkeit mehr merken, und das ist nicht der Fall, zeigt, wie für die Leipziger Kaufmannschaft die großen Geldinteressen im Vordergrund stehen gegenüber jedem Verständnis für die Kulturwerke, die sie fördern können.

Eine Ausstellung freier Kunst, Gemälde, Graphik, Plakate, zeigte der Leipziger Künstlerverein im Künstlerhaus.

Von ihr ist leider nicht viel Erfreuliches zu berichten. Insgesamt hielten man hier noch der bloß formalen Geschmackskunst, einem etwas langweiligen Impressionismus vergangener Zeiten. Die Versuchs-Mehner's und anderer, einen neuen Monumentalstil zu schaffen, bewegen sich so stark im Rahmen naturalistischer und klassischer Traditionen, die unsern Zeitempfinden nicht mehr entsprechen, dass sie nicht ernst genommen werden können. Aus diesem unerfreulichen allgemeinen Niveau haben sich einige kraftvolle und ausdrucksstarke Plastiken von Andrees hervor, die in dieser Umgebung geradezu einen Lichtpunkt darstellen. Zum Glück weiß man, dass es in Leipzig noch andere, wirklich fühlige Künstler gibt, sonst könnte man nach dem Besuch dieser Ausstellung an der Leistungsfähigkeit Leipzigs auf dem Gebiete der freien bildenden Kunst fast verzweifeln.

Kleine Chronik.

Neues Theater (Die Walküre). Das 7. Werkspiel am Freitag brachte uns zum erstenmal Diane Martiny als Sieglinde für die erkrankte Gertrud Barthel. Die Künstlerin hat sich auch in dieser neuen Rolle in der Weise bewährt, wie wir es von ihrer reifen Kunst gewöhnt sind. Es war eine überzeugende, die so gut wie nichts zu wünschen übrig ließ. Die übrige Beteiligung war die gewohnte und die Aufführung stand auf erfreulich hohem Niveau.

Kleines Theater (Tanzgästspiel Edith v. Schreind).

Diese Künstlerin, die am Sonntagvormittag ein begeistertes Publikum um sich versammelt hatte, ist Meisterin der streng stilisierten Beweuna. Deshalb ergriff sie am meisten im Gothischen Lied Striabini. Weniger liegt ihr das leicht Tänzende und Spieldramatische, wenngleich sie auch hier noch schönes Leistungen zu bieten hat. Aber die völlige Durchsetzung, das völlig innere Gleichen werden mit dem Tanz wird da nicht völlig erreicht. Die Kotette — nach den Schumannschen Karnevalsszenen — war nicht sehr aus dem Herzen heraus (wenn man Kotettarie mit Herz in Verbindung bringen darf), so schön auch die spielschwungenden und wieder herausfordernden Bewegungen der Tanzenden waren. Es gibt für Edith v. Schreind Kunst Grenzen; innerhalb ihrer Schranken aber ist sie eine der Ersten.

Ausbildungsinstitut. Zweites Sinfoniekonzert im Stadthaus. Die "Maurische Trauermusik" von Mozart, die zu Ehren unserer Märchengesellen das Konzert einleitete, wirkte auf unsre Genossen, die den 13. März im ersten Geiste feierten, würdig und feininnerlich. Doch Prof. Lohse die C-Dur-Sinfonie von Mozart mit kleinem Orchester spielen ließ, war zu begreifen, sodass empfingen die Zuhörer das Werk im Gewand und Geist seiner Zeit. Beide Werke, Beethovens D-Dur- und Mozarts C-Dur-Sinfonie wurden unter Professor Otto Lohse sehr klar herausgearbeitet. Die Schluss-Hymne in der C-Dur-Sinfonie sowie das Vorspiel aus der D-Dur-Sinfonie waren meisterhaft gespielt. Fräulein Diane Martiny mit ihrem zarten, durchgebildeten Sopran ist eine Mozartjängerin von tadeloser Art; man hatte seine Freude daran, wie feininnerlich und doch in welch schlüssiger Weise sie Recitativ und Ariette aus Mozarts "Fidelio Hochzeit" sang.

Konzerte. Der 2. Kammermusikabend des Leipziger Tonkünstlervereins brachte Werke aus Leipziger Verlagen zur Aufführung. Das sagt an sich nicht viel, da der Anteil der Leipziger Musikverleger an der gesamten deutschen Musikliteratur bekanntermaßen außerordentlich groß ist. Doch hatte man mit Geschick verstanden, eine Übersicht über die Leipziger Verlagsaktivität auf den verschiedenen Gebieten und aus den verschiedenen Zeiten der Kammermusik zu geben. Das gab dem Programm neben seinem künstlerischen Wert noch ein besonderes Interesse. Aus den verschiedenen aufgeführteten Werken, auf die im einzelnen einzugehen leider nicht möglich ist, ragten besonders hervor einige temperamentvolle und formal reizvolle slowenische Tänze von Krebs und einige sehr sangbare und feingefühlige Lieder von Robert Kahn und Richard Würz. Die Mitwirkenden, Käte Liebmann, Martin Heyde (Sopran), Hans Müller (Violin), Eva Klemm (Cello), Helga und Stephan Krebs, Rudolf Wagner, Anna Eisele, Erich Liebermann, Rokwiec und Wilhelm Jung (Klavier) boten sämtlich künstlerisch hochstehende Leistungen und gestalteten den Abend zu einem reichen und erfreulichen Bild Leipziger Musiklebens.

Das Meß-Konzert des Leipziger Tonkünstlervereins brachte ein durchaus modernes Programm. Den Mittelpunkt bildete die Sinfonietta, op. 27, von Paul Graener, die den Leipziger Komponisten in seinem ganzen Reichtum an romantischer Zartheit und moderner Kraft zeigt. Von den Werken, die dieses Hauptstück umrahmten, interessierten vor allem das sehr zaristisch ausgestaltete etwas sentimentale Ave Maria von Bruck und das D-Moll-Klavierkonzert von Rubinstein mit seinem großen musikalischen Reichtum, während die zwei sinfonischen Dichtungen von Übermet und Meyer-Odesleben nicht sonderlich viel musikalisch Fesselndes bieten konnten als zwei alte Stücke moderner Programmistik. Milda Hornigel erfreute durch ihr ausgespieltes gesangliches Können und ihr feines musikalische Empfinden und Otto Weinreich durch die überaus plastische Art, mit der er Rubinstein nicht einfach musikalische Gedankengänge darstellt. Das Walzharmonische Orchester unter Werner leistete Gutes in der Begleitung und im Solovortrag. — Gerard Bunk, der im Neurath-Saal einen Klaviersabend gab, ist endlich wieder einmal ein junger Künstler, der verspricht, die Künstlerlaufbahn der Virtuosenlaufbahn vorzutragen. Alles, was er bringt, ist durchaus echt empfunden, nirgends kommt Angelantes und äußerlich Glendale zum Vorschein. Besonders gut gelangen ihm die Werke von Schumann und Rachmaninoff, deren hohe Zartheit ihm besonders liegt. Der Abend war eine erfreuliche Erfahrung gegenüber dem Biesen, was an Heido-Kunst heutzutage von Virtuosenproduziert wird.

Einwandfreies Gewandhauskonzert. Aus einem Durcheinander, Klassik, Romantik, Moderne, Expressionismus, was der erste Programmteil zusammengestellt; wenn sich die alten Meister und neuen Komponisten zusammen vertreten — mir sollte recht sein —, doch ergriffen ist es auf keinen Fall. Die kurz gehaltene Suite "Aus dem Reich des Pan" von unserm einheimischen Komponisten Prof. Paul Graener (geb. 1872) schildert Augenblicksindividuelle. Jeder Satz ist sehr knapp gehalten, was in diesem Falle dem Komponisten zum Vorteil gereicht. Die ersten beiden Sätze "Pan träumt im Mondlicht" und "Pan singt von der Schneeschuh" sind in den harmonischen Verbindungen und düsteren Orchesterfarben gut getroffen. Der dritte Satz "Pan tanzt" ist mehr auf Satzlos gebaut, besonders originell wirkte der Sinfonie-Schluss. Den letzten Satz "Pan singt das Weltweinen" durchklingt leichter Weltschmerz. Dr. Ritsch brachte das kleine Werk mit seinen Schattierungen vorzüglich zu Gehör. Frau Elisabeth Schumann (Wien) hatte eine Naturstimme mitgebracht (holzkoloratursopran), doch ihre Passagen verlangen noch eine Häuberung und das macht sich besonders in der Molltoonie "Exultate, jubilate" von W. A. Mozart stark bemerkbar. Von den drei Werken von R. Strauss mit Orchester gelang ihr das Lied "Morgen" in Stimmung und Wärme am besten. Die E-Moll-Sinfonie Nr. 4 von Joh. Brahms und die Hebriden-Ouvertüre von F. Mendelssohn wurde vom Orchester und seinem Dirigenten mit feuriger Begeisterung wiedergegeben.

Städtische Theater. In der Dienstag-aufführung von Oberon singt wegen Erkrankung von Gertrud Barthel Rosalie Lind zum erstenmal den Oberon. Mit der musikalischen Leitung des ersten Oper wird sich Dr. Max Hochsöfer zum erstenmal als Operndirektor betätigen.

Wie bereits bekanntgegeben, findet Mittwoch, den 16. März, die 25. Aufführung von Der lezte Walzer unter persönlichem Leitung des Komponisten Oskar Straus statt. Es wird darauf hingewiesen, dass telephonische Bestellungen auf Karten nicht berücksichtigt werden können. — Die Oper bereitet als nächste Neuinszenierung eine Wiederaufnahme des Corneliuschen Barbier von Bagdad mit Leo Blechs einkörperigen Spielvögel versteigert vor. Die nächsten Neuheiten der Oper werden für Ende April die 3 neuen Einakter Buccinis: Der Mantel, Schwester Angelika und Gianni Schicchi sein.

Im Alten Theater wird gegenwärtig Goethes Faust in neuer Einstudierung vorbereitet.

Aufführung der Johanne-Passion am Palmsonntag. Der Rat der Stadt Leipzig veranstaltet am Sonntag (Palmsonntag), dem 20. März 1921, im großen Saal des Gewandhauses eine Aufführung der Johanne-Passion von Joh. Seb. Bach.

Der Chorteil wird ausgeführt von der Chorvereinigung des Gewandhauses, den Orchesterpart spielt das Städtische (Theater- und Gewandhaus-) Orchester, Solisten: Milda Hornigel, Irene Röhl, Hans Becker, Dr. Hans Joachim Moser.

Kartenverkauf von Mittwoch, den 16. März, bei Klemm, Bäbt und Röhl.

Deutsche Naturwissenschaftliche Gesellschaft, 2. Fach- und Fortbildungsschule Schleißerstraße 10: Freitag, abends 7 Uhr, Vortrag von Herrn Oberlehrer Berger über Das Wesen der Elektrozitität. Gäste willkommen.

Eingelaufene Schriften.

Reclams Universalbibliothek: Gottfried Keller: Bankrat der Schmoller; Das Fähnlein der sieben Aufrechten; Die missbrauchten Liebesbriefe; Romeo und Julia auf dem Dorfe. Verlagsbuchhandlung Philipp Reclam jun., Leipzig. Preis in Papierbandausgabe 2.50 bis 4.00 M.

Wirtschaftlichkeit und Eisenbahnbetrieb. Ein Beitrag zur Debattierung der Wirtschaftlichkeit des Eisenbahnbetriebs durch Herausgeber des Praktikers. Herausgegeben von der Interessengemeinschaft der Dienstvorkünfte des Bahnhofs- und Abfertigungsdienstes im Bereich der Eisenbahngeneraldirektion Dresden, Leipzig.

Aufgaben und Organisation der städtischen Wohlfahrtseinrichtungen. Ergebnisse des Lehrganges über städtische Wohlfahrtseinrichtungen. Reihe & Köhler, Verlag, Heinrich Tiedemann, Frankfurt a. M. Preis 3.50 M.

O. Kinkel: Neuzeitliche Stadtbürgerkunde im Anschluss an die Reichsversammlung. Verlag von Emil Ruths in Gießen. Preis 2.50 M. geb. 10 M.

Arthur Kinkel: Sozialisierung als kapitalistischer Schwindel oder als sozialistische Wohlserlösung? Ein Warnungsgruß an die Arbeiterschaft. Herausgegeben von der Gesellschaft "Aufbau und Wieden". Der Fünf-Verlag, Berlin W. 57, Preis 1 M.

Reichstag.

Berlin, 14. März.

Das Milliardengebot an die Reeder.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des Reederei-Abstimmungsvertrages.

Abg. Barth (Komm.): Das Gehej ist ein Täuschungsversuch am Volke; es steckt dahinter andere Absichten, als man wahr haben will; und da wird verschwiegen, daß die Reeder schon 6 Milliarden bekommen haben. Die Reeder haben von der Ausstellung der Handelschiffe mehr an die Entente ausgesetzt, als nötig gewesen wäre, weil sie wußten, daß ihnen später alles teuer zurückgeschaut würde. Auch in London hat die Entente schon nach dieser Abfindung gefragt, nähere Mitteilungen sind leider von der Regierung nicht gemacht worden. Wenn die Regierung schon auf dem Standpunkt steht, daß die Reeder entschädigt werden müssen, so sollte sie die neuen Schiffe wenigstens auf ihren eigenen Werften bauen lassen.

Damit schließt die Aussprache. Die einzelnen Artikel des Vertrages werden gegen die Unabhängigen und Kommunisten an-

Vor der Gesamtabstimmung erklärt Abg. Dr. Levi (Komm.): Wir wollen vor der gesamten Deutschtum feststellen, wie schlecht das Haus beschafft ist bei einer Abstimmung, die den Frieden 12½ Milliarden in den Schach werfen soll. Wir bezwecken die Be- schlusshilflosigkeit des Hauses.

Präsident Löbe stellt die Bechlusshilflosigkeit des Hauses fest und vertraut auf 10 Minuten später eine neue Sitzung an.

Schluß 1½ Uhr.

In der wiedereröffneten Sitzung schlägt

Präsident Löbe vor, die Abstimmung, die eine namentliche

Lein wird, gegen 4 Uhr vorzunehmen.

Es folgt die zweite Beratung des Haushalts des Wiederauf-

bauministeriums.

Abg. Weiß (Dnat.): Wir fordern größere Förderung der Auslandsdeutschen. Die gewaltige wirtschaftliche Aufgabe des Wiederaufbaus kann nicht von Deutschland allein, aber auch nicht ohne Deutschland durchgeführt werden. Frankreich hat unsere Vorschläge darüber stets abgelehnt, obwohl es wegen seines großen Heeres nicht genügend Arbeitskräfte zur Verfügung hat. Die Behauptung der französischen Propaganda, daß nur durch Deutschland Zerstörungen hervorgerufen wurden, entspricht nicht der Wahrheit. Der praktische Wiederaufbau, der unmöglich ist ohne deutsche Techniker und deutsche Qualitätsarbeiter, ist an der Unfähigkeit der französischen Regierung, die schon bewilligten Mittel möglich anzuwenden, gehemmt. Es muß verhindert werden, daß zur Großkapitalisten den Wiederaufbau in die Hand nehmen; das Handwerk muß beteiligt werden.

Abg. Dauch (D. Bp.): Man wird vielleicht das Wiederaufbau-ministerium später dem Reichsschulministerium angliedern können, aber vorläufig können seine Aufgaben noch nicht auf andre Ministerien übertragen werden. Die Kolonialabteilung könnte vielleicht erhalten bleiben. Der Wiederaufbau kann nur mit unsrer Arbeit betrieben werden. Unser Außenhandel hat darunter schwer gelitten, daß man die Liquidationsforderungen nicht aufrechnen konnte. Die Vorentscheidung für die Auslandsdeutschen ist viel zu langsam vor sich gegangen.

Abg. Kniest (Dem.): Bei kommenden Aufträgen müssen die Organisationen des Gewerbestandes berücksichtigt werden, besonders die Gewerbetreibenden der besetzten Gebiete.

Staatssekretär Müller: Die Nachorganisationen des Handwerks und Gewerbes sollen nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Das Wiederaufbauamt hat in der Frage des Wiederaufbaus von Nordfrankreich auf französischer Seite keine Spur von Entgegenkommen gefunden. (Hört, hört!) Was die Entscheidung der Auslandsdeutschen betrifft, haben wir eine Anzahl Unterkommissionen eingerichtet und hoffen rasch vorwärts zu kommen. In der großen Entscheidungsfrage wird das Ministerium alles tun, was mit Rücksicht auf unsre beschränkten Reichsressourcen nur möglich ist. Das Ausgleichsamt ist so schnell wie irgend möglich erichtet worden. Die Kolonialverwaltung wird nur bis zu einem gewissen Maße abgebaut werden, da wir immer noch hoffen, wieder einmal Kolonien zu besiegen.

Abg. Kreis (Komm.): Die kleinen Beamten und Angestellten aus den besetzten Gebieten werden auf ganz unverantwortliche Weise ausgelöscht. Der Aufbau kann nur durch das Proletariat erfolgen. Die Zerstörung Nordfrankreichs durch deutsches Militär war keine Vergeltungsmahnung. An den Geheimverschwörungen gegen Sovjetrußland sind sogenannte gute deutsche Patrioten beteiligt. Das Ausland ist zum Teil mit großen Vorräten an Lebensnotwendigen Produkten überzschwemmt, während andre Länder darben. Dies ist der Wahnsinn der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Die Befreiung kann nur kommen durch Selbsthilfe des internationalen Proletariats. Nicht die, die die Weltwirtschaft zerstören haben, können Baumeister sein für den neuen Wiederaufbau. Sie haben in den letzten zwei Jahren bewiesen, daß der kapitalistische Wiederaufbau unmöglich ist. Sie wollen, daß nicht das deutsche Volk, sondern die deutsche Arbeiterschaft allein alle Kosten trägt. Die Arbeiterschaft selbst muß Baumeister sein, und das internationale Proletariat muß im allgemeinen Kampf das internationale Kapital überwinden.

Bei einem der folgenden Kapitel bemängelt Abg. Ernst (U. Soz.) die Art der Vermietung der Fischereifahrzeuge. Die zu diesem Zweck ausgeworfenen Beträge werden nicht benutzt im Interesse der Allgemeinheit, sondern sie bedeuten ein Geschenk an das Fischereikapital. Nicht einmal die Bevölkerung wird herausgeholt, sondern der Anlagenwert verzinst sich nur mit 2 Prozent. Bei der Vergebung der Dampfer ist ganz unverständlich vorgegangen worden. Es wurden Serienfahrzeuge zerstört und andere derartige Fehler mehr gemacht. Das Ministerium soll sich doch von fachmännischen Richtlinien leiten lassen. Nachdem Wilhelmshaven und Kiel auf Grund der abgebauten Kriegswirtschaft nicht mehr bestehen können, will man sie künstlich zu Altbereichsfässern machen, wobei man sich nur von unsachlichen und lokalpatriotischen Gesichtspunkten leiten läßt. Wir haben kein Vertrauen zur Täglichkeit des Wiederaufbauamtes.

Staatssekretär Müller: Die Frage der Bevölkerung wird nachgeprüft werden.

Bis auf einen Titel, der erst nach Abstimmung über das Reederabkommen erledigt werden kann, wird der Haushalt für Wiederaufbau genehmigt.

Das neue Entwurfungsgebot.

Es folgt die Beratung über den Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung des Artikels 177/78 des Friedensvertrages. Das Gesetz muss bereits am 15. März in Kraft treten, um internationale Schwierigkeiten zu vermeiden.

Reichsausßenminister Dr. Simons: Der Entwurf wird von mir begründet, weil er aus außenpolitischen Gründen eingereicht worden ist. Ich trage mit dem Minister des Innern die Verantwortung, der zu den Einzelheiten Stellung nehmen soll. Die §§ 177/78 des Friedensvertrages verbieten, daß Mitglieder irgendwelcher Vereine militärisch ausgebildet werden, und daß irgendwelche Mobilmachungsmaßnahmen getroffen werden. Die Entente hat am 29. Januar verlangt, daß bis zum 15. März dieses Jahres gesetzliche Bestimmungen zur Ausführung der beiden Artikel erlassen werden. Dem entspricht dieser Gesetzentwurf, da das Entwurfungsgebot zur Erfüllung unserer Verpflichtungen nicht ausreicht. Die von den Alliierten gestellte Frist läuft mit dem morgigen Tage ab. In London ist es überhaupt nicht zur Besprechung der Entwurfungsbestimmungen gekommen, wohl aber

haben die Alliierten unmittelbar bei der Beantwortung der deutschen Gegenentwürfe ihre angebrochenen Sanktionen auch mit Verpflichtungen in der Entwurfungsfrage begründet. Es war zu erwarten, ob der von der Entente begangene Rechtsbruch auch in der Entwurfungsfrage zu einer Vergeltung führen würde. Die hier vertretete Auffassung, wir wären zur Erfüllung des Friedensvertrages nicht mehr verpflichtet, habe ich vor zwei Tagen im Auftrage der Regierung als nicht den Tatsachen entsprechend gekennzeichnet. (Große Unruhe rechts.) Ich bin der Meinung, daß die Rechtsstellung Deutschlands gegenwärtig sehr gut ist, aber nur so lange, als unsre Rechtsstellung anerkannt wird. In dem Moment, wo wir in der Entwurfungsfrage zur Vergeltung schreiten und unsre Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag für null und nichtig erklären würden, würden wir diese Rechtsstellung in der ganzen Welt verstören. (Unruhe rechts, Zustimmung links.) Ich wolle auf die Schikanen und die hinterlistigen Maßnahmen hin, mit denen polnisch-sowjetisch die Abstimmung in Oberösterreich zu Deutschlands Ungunsten gefälscht werden soll. Wenn wir sehen, daß von polnischer Seite solche Machinationen getrieben werden, müssen wir dafür sorgen, daß nicht uns im Friedensvertrag Widersprechendes vorgeworfen werden kann. Aehnlich ist es auch mit der Rechtsprechung in der Entwurfungsfrage. Wir brauchen nur das zu halten, was wir versprochen haben und in dem Gesetzentwurf steht auch nicht mehr. In den rechtswidrigen Sanktionen der Gegner liegt kein Grund, Bayern gegenüber den Rechtsstandpunkten zu verleihen. Der Gesetzentwurf greift unzweckhaft in die legislative Selbständigkeit der Länder ein, aber das Reich muss hier seine Zuständigkeit erweitern, da es nach außen hin verantwortlich ist. Das Gesetz wird einer Kommission überwiesen werden müssen und daher nicht bis zum 15. März verabschiedet sein können. Ich hoffe, daß die uns gewährte Frist entsprechend verlängert werden wird.

Abg. Hoffmann-Kaiserslautern (Soz.): Unsere Stellung zu der Entwurfungsfrage hat sich auch durch den Ausgang der Konferenz nicht geändert. Wir fordern die Entwurfung aus Gründen der auswärtigen Politik. Den vorliegenden Gesetzentwurf aber halten wir für ungünstig und unauglich. Es ist immer nur von Selbstschutzorganisationen die Rede, das Wort „Einwohnerwehr“ aber ist abfällig vermieden, und zwar hat es der Reichsrat es ausgeneriert. Wer soll denn damit getäuscht werden, die Entente oder Deutschland? (Unruhe rechts.) Wir verlangen die Vorlegung des Notenwechsels mit Bayern. Was sich in Bayern vollzieht, ist ein nationales Trauerspiel. Wie will die Reichsregierung durchsetzen, daß in Bayern die schweren Waffen bis zum 15. März abgeliefert werden? Die bayerische Presse besteht auf der Haltung der Einwohnerwehr und schreit über Vergewaltigung. Auch die bayerischen Demokraten machen diese Politik mit. Es ist die Schule der Reichsregierung, daß infolge ihrer Nachgiebigkeit eine solche Situation geschaffen ist. Sehen Sie nicht, Herr Minister, daß die bayerische Regierung heute selbst nicht mehr Herr der Lage ist? Sehen Sie nicht, daß eine solche Haltung Bayern eine weitere Belebung deutscher Gebiete nach sich ziehen und die Loslösungsgefahr verstärken muß? Heute gilt das bittere Wort: An Bayern geht das Reich zugrunde! Das weitere Schicksal Deutschlands hängt von dem bayerischen Volke ab. (Große Unruhe rechts. — Lebhafte Befall b. d. Soz.)

Abg. Edler v. Braun (Dnat.): Wir brauchen den Verhältnisse Vertrag nicht mehr zu erfüllen, da er von den Gegnern gebrochen ist. Wir haben auch in der Entwurfungsfrage keine Verpflichtungen mehr. Wenn Minister Simons immer noch auf das Rechtsbewußtsein unseres Felsens vertraut, so macht er uns damit vor der ganzen Welt verächtlich. Bayern hat die schwersten Zeiten durchgemacht und will sich durch die Einwohnerwehren nur gegen eine Wiederkehr schützen. Wir lehnen das Gesetz ab. (Lebhafte Befall: rechts.)

Das Milliardengebot bewilligt.

Die Weiterberatung wird darauf unterbrochen, um die Abstimmung über den Reeder-Abstimmungsvertrag nebst dem Zusatzvertrag zu vornehmen. Der Vertrag wird mit 238 gegen 80 Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten bei 3 Enthaltungen angenommen.

Darauf wurde die Beratung des Entwurfungsgeges fortgesetzt.

Reichsminister des Innern Koch: Als Mitglied des Kabinetts trage ich mit der Verantwortung für dieses Gesetz, obwohl die Gründe für seine Einbringung rein außenpolitische sind. Das Wort „Selbstschutzorganisation“ ist nicht darin enthalten, weil es auch im Friedensvertrag nicht vorkommt. Sachlich und juristisch kommt es aber auf dasselbe hinaus. Wenn das Reich die Ausführung eines Reichsgesetzes, wie in diesem Falle, selbst übernimmt, so ist das keine Aenderung der Verfassung und kein Eingriff in die Rechte der Länder. Wer sich überhaupt politisches Augenmaß in dieser Zeit bewahrt hat, muß einsehen, daß es eine verhängnisvolle Katastrophenpolitik wäre, wenn das Gesetz nicht angenommen würde.

Abg. Goldmann (U. Soz.): Das Gesetz bedeutet nichts anderes als eine Durchführung der öffentlichen Meinung. Man will dem Gebot der Entente nachkommen, ohne an dem wesentlichen Zustand etwas zu ändern. Kahr und von Braun wollen es auf den außenpolitischen Konflikt ankommen lassen. Nach dem Entwurfungsgebot wäre es überhaupt gar nicht möglich, daß noch bewaffnete Banden existieren. Hätte man das Entwurfungsgebot restlos durchgeführt, dann wäre dieses Gesetz überflüssig. Die gegenrevolutionären Elemente haben heute mehr Waffen als je in der Hand. Die bayerische Regierung verordnet sogar, daß die Einwohnerwehren sich ihre Waffen scheine für beliebige Mengen und Arten von Waffen selbst ausspielen dürfen. (Lebhafte Hörer, hört, hört, links.) Herr von Kahr hat in einer Sitzung der Bayerischen Volkspartei davon gesprochen, daß Bayern sich einer Exekution des Reiches mit Gewalt widersetzen würde. Wie sind überzeugt, daß die Entente infolge dieser Haltung Bayerns zu einer weiteren Besetzung deutscher Gebiete schreiten wird. So nötig die Entwurfung der Gegenrevolution wäre, so halten wir doch den Entwurf für völlig unzulänglich und für einen bloßen Bluff und lehnen ihn ab.

Abg. Hamm (Dem.): Der Abg. Hoffmann hat gesagt, daß Bayern das Land der höchsten Berge und der schwächsten Demokratien sei. Vielleicht erinnert er sich, daß man früher einmal von der königlich bayerischen Sozialdemokratie gesprochen hat. Und damals waren die Sozialdemokraten vielleicht demokratischer als jetzt, demokratischer jedenfalls, als zu der Zeit, da Herr Hoffmann alle Mühe aufwenden muhte, um seine Partei im Lager der Demokratie zu halten. Ist es denn so undemokratisch, wenn wir die Einwohnerwehren nicht erschüttern sehen wollen, um den Staat und seine demokratischen Einrichtungen schützen zu können? Wir wollen eben die Dinge wieder ins rechte Gleis bringen. (Lachen links. — Zurufe: Ins Reich!) Gegenüber der Einheit des deutschen Reiches werden wir unsere Pflicht erfüllen.

Aufnahminister Dr. Simons: Die Begründung eines Vorfellers, ich hätte den Entwurf nicht für weitreichend genug, ist unzureichend. So wie die Weltlage Deutschlands augenblicklich ist, ist es unmöglich, diesen Gesetzentwurf nur nach innerpolitischem Gesichtspunkt zu gestalten und zu beurteilen. Wir sind nicht frei und können nicht die Forderungen der Entente in dieser Beziehung ablehnen unter Berücksichtigung des gegnerischen Bruches des Friedensvertrages. Dazu muß man eine Macht hinter sich haben und ich werde nicht die junge Mannschaft dafür zum Opfer bringen.

Abg. Nemmels (Komm.): Wendet sich zuerst gegen den Demokraten Hamm. Die weiße Schmach ist viel schlimmer und schändlicher als die schwarze Schmach. (Lebhafte Unruhe. — Psui-Rufe. — Vizepräsident Bell weist solche Ausdrücke als un-

parlamentarisch zurück. — Als der Redner diese Worte wiederholte, erhob sich ungeheure Unruhe und Tumult im ganzen Hause: der Vizepräsident Bell rief den Redner zur Ordnung. — Zuruf rechts: Hochverräter! Runter! Redner fortfahrend (nach rechts): Sie sind Hochverräter! (Zweiter Ordnungsruft d. Präsidenten.) Die Feststellungen über die weiße Schmach stützen sich auf die Erwähnungen, die ich in Bayern gemacht habe. Die bayerischen Zustände sind die beste Charakterisierung der Demokratie. Die ganze Vorlage ist nur ein Schwindel zur Täuschung der Öffentlichkeit. (Vizepräsident Dr. Bell weist den Ausdruck als unparlamentarisch zurück. Zuruf: Er kann ja nicht anders.) Die Vorlage stellt es dem Belieben des Ministers anheim, daraus zu machen, was er will. Die Leute, die die Organisation bekämpfen sollen, sind ja ihre eigenen Organisatoren! Die Entwurfung wird nicht durchgeführt werden durch papieren Paragraphen, sondern erst, wenn die Arbeiterschaft mit dem Großteilnemachen beginnt. Im Laufe der letzten Woche gingen Nachrichten über Waffenfunde in Berlin durch die Presse und die Behörden haben die Sache ganz einfach liegen lassen. Entweder hat der Präsident seine Verordnung nur erlassen zur Täuschung der Öffentlichkeit oder er hat es ehrlich gemeint; dann hat eben die Regierung durch die Ausnahmegerichte sie umgedeutet, so daß sie zum heutigen Zustande führt. Wir erwarten, daß die Regierung mit Erfolg des vorliegenden Gesetzes die Verfügung des Reichspräsidenten aufhebt.

Abg. Simon-Schwaben (Soz.): Hoffmann hat die Einwohnerwehr ins Leben gerufen, aber nicht aus reaktionären Gründen. Es ist natürlich bei der Gründung der damaligen Organisation nie daran gedacht worden, sie zu einem ständigen Militärapport auszubauen. Mit dem Friedensvertrag und mit den Verhandlungen in Spa haben wir die Verpflichtung zur Bekämpfung dieser Organisation übernommen und müssen für die Durchführung sorgen. Ich beantrage, die Vorlage an einen Sonderausschuss von 21 Mitgliedern zu überweisen.

Der Antrag Simon auf Überweisung an den Ausschuss wird angenommen.

Es folgt die Weiterberatung des Haushalts des Ministeriums des Innern.

Abg. Weiß (Dem.): Der Wiederaufbau Deutschlands ist nur möglich, wenn der wirtschaftliche Aufbau mit dem geistigen Hand in Hand geht. Man hätte durch reichsgerichtliche Beamten festlegen müssen, im Interesse der Aufrechterhaltung lebenswichtiger Betriebe sind die Ausgaben für die Technische Nothilfe notwendig. Die Not der Studierenden muß gelindert werden. Die preußischen Ausführungsbestimmungen, ebenso die bayerischen zum Grundschulgesetz haben das Gesetz geradezu. Der Beginn des Schuljahrs in Nord- und Süddeutschland muß vereinheitlicht werden. Die Vorhöfe muß dem übrigen Schulwesen eingegliedert werden. Ein Kulturbeirat sollte geschaffen werden, in seiner Stellung ähnlich dem Reichslehrerat. Das Schulgesetz muß nach der Verfassung tolerant ausgestaltet werden. Die Entfernung des Religionsunterrichtes aus der Volksschule würde den kulturellen Wert erheblich vermindern.

Abg. Dr. Levi (Komm.): Der Kriegsgerichtsrat, jegliche Staatsanwaltschaftsrat Meier in Kassel gehört ins Zuchthaus. Eine Technische Nothilfe war höchstens notwendig gegen streitende Kerle und streitende Hotels und vor allem gegen die Großgrundbesitzer, die seit 6 Jahren die Ablieferung der Lebensmittel und die Ernährung des deutschen Volkes sabotieren. (Zurufe rechts: Unverschämtheit!) Vizepräsident Dr. Bell rief diesen Ausdruck als unparlamentarisch und rief den Abg. Levi zur Ordnung, weil er den Reichsminister des Innern einen „verdeckten Militärmaster“ und einen „offenen Belagerungsstaatsminister“ designiert hat.

Abg. Leicht (Wahl. Bp.): Der Parlamentarismus, das Parlamentswochen würde viel weniger der Bedeutung bedürfen, wenn die Parlamentarier sich mehr Einschränkungen auferlegen würden. Ich bin überzeugt, daß wir in der Bayerischen Volkspartei niemanden haben, der etwa mit dem Gedanken spielt, sich vom Reich zu trennen. (Sehr richtig!) Die Reichstreue in Bayern ist genau so groß und gut wie die in anderen Teilen Deutschlands.

Abg. Alpers (Deutsch-Hann.): Die Verhaftung Colshorn trotz seiner Immunität ist ein unerhörter Gewaltakt.

Abg. Dr. von Delbeler (Dnat.) begründet einen Antrag des Ausschusses über die Billigung der Verwaltung.

Abg. Mumm (Dnat.) tritt für die deutsch-nationale Entwicklung ein, wonach die Reichsregierung auf Hamburg und Sachsen dahin einzweilen soll, daß nicht die Anmeldung zum Religionsunterricht zur Teilnahme ist, sondern die Abmeldung vom Religionsunterricht im Falle, daß die Erziehungsberechtigten die Teilnahme nicht wünschen, erforderlich ist. Die Reichsverfassung bezeichnet den Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach, die Nichtteilnahme ist also ein außerordentlicher Fall, in dem der Wunsch der Erziehungsberechtigten durch den Antrag zum Ausdruck kommen muß. Wir verlangen darüber namentliche Abstimmung.

Abg. Frau Pliss (Soz.): Wir hoffen, daß bald einmal nicht mehr die politische Macht, sondern der soziale Wille im Volksleben entscheidet.

Das Haus verläßt sich aus Dienstag 1 Uhr: Anfragen, erste Beratung des Gesetzentwurfs betr. den Reichshaushaltplan 1921. Schluß 9½ Uhr.

Der neue Schlarz-Prozeß.

Zwölfter Tag.

Die beiden als Zeugen geladenen Journalisten Kurt und Martin Socha zewsky hatten über Schlarz ebenfalls Veröffentlichungen in die Presse gebracht. Darauf erschienen bei ihnen Heinrich und Georg Schlarz und behaupteten, daß sie einer Gesellschaft von Betrügern und Schwindlern in die Hände gefallen seien. Das den Zeugen ausgehändigte Material sei nicht schriftlich. Beide Zeugen erklären, daß Georg Schlarz ihnen damals mitgeteilt habe, Sonnenfeld hätte in seinen Diensten Hunderte tausende verdient. Georg Schlarz bestreitet dies, meint aber, daß vielleicht sein Bruder eine derartige Neuerzung gemacht habe. Es könne aber keine Rede davon sein, daß Sonnenfeld so viel verdient habe. Ebenso bestreitet Schlarz, gesagt zu haben, daß Sonnenfeld an seinen Geschäftsmännern beteiligt gewesen sei. In der weiteren Vernehmung sagt Schlarz noch aus, daß der 15prozentige Aufschlag für Frucht, Risiko, Versicherung usw., sowie als Gewinnzuschlag für den Reiserohrond (1) berechnet worden sei. Er bestreitet einige der von Davidson den Herren Sollmann, Scheldemann und Ebert in den Mund gelegte abfällige Ausführungen und erklärt über seine Beziehungen zu hochstehenden Persönlichkeiten, daß er niemals in irgendeiner Form Korruption getrieben habe (!), sondern daß sein Beruf mit diesen wenigen zum Teil geistig hochstehenden Männern aus ideellen Motiven heraus erfolgt sei. „Die Herren konnten mich brauchen, weil ich sie über manche Sachen besser informieren konnte.“ — Es gelangen aldann einige Briefe von Ernst Sonnenfeld zur Verlesung, und nachdem nun der ärztliche Sachverständige über Sonnenfeld (Vater) sich davor geäußert hat, daß dieser nur verhindert zurechnungsfähig sei, wird der

Sleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt

Umlernen

muß heute die ganze Welt, jedoch gar mancher wird dabei besonders schwer betroffen. Er muß den ihm lieb gewordenen Beruf aufgeben und steht damit vor einer fast unlöslichen Aufgabe. Das beste Mittel, sich einen neuen Beruf, eine bessere Stellung zu verschaffen, bietet die **Methode Rustin** (5 Direktoren höherer Lehranstalten, 22 Professoren als Mitarbeiter), ohne Lehrer, durch Selbstunterricht unter persönlicher Förderung des Einzelnen durch den Wissenschaftl. Frau, Geb. Kaufmann, Geb. Handlungshelferin, Bankbeamte, Reichsverbandsexamen oder Einz.-Preis-Prüfung, Abit.-Examen, Gymn., Realgymn., Oberrealschule, Lyzeum, Oberlyzeum, Mittelschulreifeprüfung, Zweite Lehrerprüfung, Handelswissenschaften, Landwirtschaftsschule, Ackerbausch. Präparand Konservatorium, Graphologie, Ausführ. Prospekt über bestandene Examina kostenlos.

Bonness & Hachfeld, Potsdam, Postfach 170.

Von einer Damowäscherie U.G. in der Tschetowka werden per 1. Mai aufgenommen:

**ein Waschmeister
ein Maschinenmeister
eine erste Büglerin.**

Nur solche Bewerber und Bewerberinnen finden Verstärkung, die nachweisbar schon längere Jahre in dieser Eigenschaft in großen Betrieben mit Erfolg tätig waren. Schreibe mit Lebenslauf und Angabe von Referenzen unter **U. 16** an die Verwaltung dieses Blattes.

Perfekte Weißnäherinnen

bei hohem Lohn
sofort gelucht (Heimarbeit). Wohnungsschein mitbringen.
Gärtliche Wäsche- u. Schürzenfabrik
Hans Lastmann & Co. Nikolaistr. 10, II.
(Schweizerhaus).

Einige Zürcher

Kleid. Rauchz. Zur. Alfred

Kleid. Gelsdorff b. Röthel.

Uniformschneider

suchen Geb. Kosmann.

Dresdner Str. 75.

2 Zimmerleute

auf Mühlenbau sofort gelucht

Ferd. Haase

2. Vollm. Ludwigstraße 123.

Frauen zur Garten-

arbeit suchen Geb. Worch.

Gärtnerei, L. Probst, Herda.

Ordentl. Dienstmädchen

mit guten Zeugen, in kleinen

Haush. m. 1 Kind gel. Silber-

mann, Eberhardstrasse 8, II.

Dienstmädchen, nicht

über 20 Jahre, leicht Rechts-

Stadt Lübben, Döbner Str. 85.

Gelucht für 1. April beschle-

nende, tüchtiges, zuverlässiges

Mädchen für Küche und Haus

selbstständig i. d. Küche u. i. all-

häusl. Arb. erf. Gef. Off. erb.

Eva Pastor Wille, Connem.

Gitarre, Freitag, Str. 33, II. r.

Gr. zw. Schulmädchen 3. Kind

gel. Göltzner, Schönheitstr. 17,

12-13 J. Schulmädchen 3. Kind

gel. Tb. Mühlitz 3, b. Georgi.

Klarinetist sucht f. jed.

Sonntag ständ. Beischlag, a.

f. auswärts. Näheres Elsen-

bahnstr. 19. Zigarettenhandlung.

Verkäufer

Kantinen!

olino Spieldkarte gratis

bei 1000 Zigaretten zu 250,-

mit 400 g. Aufdruck o. M. lief.

GOTTSCH, Elsterstr. 17, L. 1343

1 Volt, gute Zigarre, 10. Sch.

60. * Kohlmarktstr. 44a, II. r.

Gummi Mäntel

alle Größen, billig.

WADEWITZ,

Windmühlenstr. 33, I. Et.

Sommerpaket, (Raglan), fast

neu, mittl. Preis, zw. 200

Schuh, Gr. 41 u. 42, Sport-

anzug, dunkel, zu verkaufen.

Silbermann, Eberhardtstr. 8, II.

Verkäufer

Herren-Garderobe

Großer Gelegenheitskauf

Teilweise weit unter Preis.

Habe einen großen Restposten:

Anzüge, Covercoats, Schläpfer,

Paleot, Cutaway, Hosen, Joppen

Gummimäntel - beste Qualitäten -

aufzukaufen und stelle diese einzeln

auf auffallend billig zum Verkauf.

J. Kindermann Neumarkt 1

Konfirmanden-Anzüge

ganz besonders billig.
Größte Auswahl, beste Qualität.

J. Kindermann Neumarkt 1, I. Et.

Gegr. 1880. Tel. 18067.

Zwei Punkte
kennzeichnen unsere Angebote in

Madras

Garnituren und Stoffen

*
gute Qualität
große Billigkeit

*
GARDINENHAUS
Methner,
Neumarkt 2-4 u. Demmeringstr. 32

Baumwollwaren und Wäschestoffe

In Qualitätswaren zu niedrigsten
Tagespreisen

8000 Meter Rohnessel:

Posten I	6 ⁸⁰	Posten II	8 ²⁵
90 cm, feinfädige Qualität M.		78 cm, starkfädige Qualität M.	
Posten III	9 ⁰⁰	Posten IV	10 ⁰⁰
80 cm, besonders haltbare, kräftige helle Qualität. Meter		80 cm, besonders haltbare, kräftige helle Qualität. Meter	
Posten V	21 ⁰⁰		
145 cm, besonders haltbare, kräftige helle Qualität Meter			

8000 Meter Hemdentuche,

durchgängig 80 cm breit

Posten I	8 ⁷⁵	Posten II	10 ⁰⁰
kräftige Qualität Meter		starkfädige Qualität Meter	
Posten III	12 ⁵⁰	Posten IV	14 ⁵⁰
besonders schöne Qual. M.		auffallend gute Qualität Meter	
Haustuch für Bettlaken, gute Qualität Meter		Körperbarchent weiß 14 ⁵⁰	

Linon	25 ⁰⁰	130 cm	14 ⁵⁰
gute haltbare Qualität. 130 cm		80 cm 16.00	
Hemdenbarchent	9 ⁰⁰	26 ⁵⁰	
in gestr. Mustern 14.50 12.50		80 cm 19 ⁵⁰	
Bettkretone	26 ⁵⁰	56 ⁰⁰	34 ⁰⁰

Blaudruck	16 ⁵⁰	II. Qualität 80 cm	11 ⁵⁰
Stangenleinen	38 ⁰⁰	Damaste	46 ⁰⁰ 36 ⁰⁰

in Qualität 130 cm	28 ⁰⁰	gute Qualität 80 cm	33 ⁰⁰ 27 ⁰⁰
Knaben-Satin Sommer- anzüge, beste Qualität	26 ⁵⁰	Barchent-Bettlaken	58 ⁰⁰

Scheuerschürzenstoffe	15 ⁵⁰	gute Körperware 140x190 cm	90 cm 15 ⁵⁰
auto Qualität			

Fertige Bettwäsche:	46 ⁰⁰	46 ⁰⁰	36 ⁰⁰
Damast und Stangenleinen	Boguz 162 ⁰⁰	Kissen 46 ⁰⁰
Kretonne-Bezug	weiss, Hohlsaum und gestick., Bezug 220 ⁰⁰	180 ⁰⁰	180 ⁰⁰
zweite Bezug	118 ⁰⁰	88 ⁰⁰	21 ⁵⁰
Vessel-Bezug	Bezug 70 ⁰⁰	Kissen 20 ⁰⁰

Händler und Wiederverkäufer besondere Abteilung	15 ⁵⁰
Kaufhaus	

Gebr. Held	L.-Lindenau
Morseburger Straße 84	Ecke Dommeringstraße

Mittags 1-3 Uhr geschlossen

Neue Mit. Hose, Stiefel u.

and. Eisenbahnlstr.

Nur noch 3 Tage!
Großer Operetten-Abend
 Die mit großem Beifall aufgenommene
 Schlager-Operette:
Wenn die Liebe nicht wär!

5 Akte (Ach - Ich möchte gern, - möchte
 gern - - - einen - - einen Mann)
 Text und Musik von Richard Jäger, unter
 Mitwirkung hervorragender Gesangskräfte
 erstklassiger Operettenbühnen.
 Hauptdarsteller:
Henry Bender - Lotte Werkmeister
Paul Westermeier.

Carola Toelle

6 Akte in dem äußerst fesselnden und spannenden Drama **6 Akte**
Kämpfende Herzen

Nur im Königs-Pavillon
 Promenadestr. 8 Fernruf 19271

Kasino-Lichtspiele
 Neumarkt Fernruf 19950

Die erste große italienische Sensations-Novität



Das Laster des Publikums
 oder: **Die Jagd nach dem Luxus.**
6 Akte voll unglaublicher Geschehnisse aus dem Florentiner Nachtleben.
 Ferner **Eine Walzernacht** ein kostliches Karneval-Lustspiel in 8 Akten

Wochentags Eintritt 15, Anfang 5, Ende 11 Uhr
 Sonntags Eintritt 3, Anfang 1, Ende 11 Uhr

Wintergarten
 Ellenbahnstraße 56 Fernruf 18195/90

Lotte Neumann
 im neuesten Lustspiel in 4 Akten:
Die drei Tanten.

Hannerl und ihre Liebhaber.
 Liebesreigen in 5 Bildern nach dem Roman von N. S. Barth mit
Grete Freund, Felix Basch.
 Nur für Erwachsene über 18 Jahre

Lindenfels
 Karl-Helene-Straße 50 Fernruf 18195/90

Die Bestie im Menschen.
 Drama in 6 Akten nach dem Roman von Emile Zola mit
Lucie Hößlich, Maria Orska, C. v. Witzstein.

Die Berliner Range.
 5. Teil: **Der Kampf mit dem Drachen.** Lustspiel in 3 Akten mit
Hilde Wörner. Und der übrige Spielplan.
 Nur für Erwachsene über 18 Jahre

Kreide/Leim/Farben/Gips
 Zement/Ansetzer/Pinsel/Schablonen
 Fußbodenfarben u. Lacke Terpentin
 kauft man vorteilh. b. Feist, Rödelstr. 12, Tel. 40993
 Straße 1 u. 8. Farbenanfert. Jd. Wunsch entsprach. I."

STÖTTERITZ!
 Neue Kohlekarten nimmt zur prompten Lieferung frei Haus und ab Lager gern an **Kohlenhandlung Hermann Schilling, Leipzig-Stötteritz, Ecke Güntz- und Schönbachstr. Tel. 10653 u. Sommerfelder Str. 36.**

Kauf Sie

Dixin

von Henkel

bestes Seifenpulver

Preis Mk. 2.25 das Paket.

Alleinige Fabrikantin: Henkel & Cie., Düsseldorf.

Neuer Gasthof Gohlis.

Heute Dienstag, ab 6 Uhr: **Großer Elite-Sonderabend**

2 Musikkapellen. 2 Konzertmeister. Leitung: Musikdirektor Radecke.
 Donnerstag, den 17. März: **Öffentlicher Ball.**

K-L
 Der größte Erfolg seit Bestehen.
 Der große Abenteurer-Cyklus in 36 Akten 36

Vampyre und Hyänen
 auf dem **Schlachtfeld des Lebens**
 Heute I. u. II. Teil zus. mit 10 Akten
Das Abenteuer in der Store Strandstreet
 Sensations-Abenteuer in 5 Akten.
Die Apachen von Paris
 Detektiv-Sensations-Abenteuer in 5 Akten 5

Kammer-Lichtspiele
 Windmühlenstr. 7 am Königsp.

Licht-U.T. Spiele

Nur noch 3 Tage! Grosser Erfolg!

Der gewaltige Monumental-Film
„Verbrecherische Liebe“

oder **Der Todfeind** 6 Akte
 nach dem gleichnamigen Roman von Luise Westkirch.

Paul Heidemann
 in seinem urkomischen Lustspiel

3187 Durchgang Riebeckbräu 3187

So ein Lausbub
 8 Akte
 Täglich von 15 Uhr an.

Im Herzen der Stadt

Pegauer Str. 12 Am Kreuz

Ab heute nur für Erwachsene!
 Dienstag Mittwoch Donnerstag

Die maskierte Tänzerin

In der Hauptrolle: Die blidschöne Italienerin **Cecil Trian**
 nach dem vielgelesenen Roman
Der Fluch der Vergangenheit 5 Akte

Ausserdem:
Das Geheimnis des Kilometersteines 13
 Spannendes Drama in 3 Akten
 Extra-Einlage: **Mester-Woche**, internationale Wochenschau,
 Beginn 8 Uhr. Ständig Zutritt. Ende 10½ Uhr.

Nur 3 Tage!

Talentanwaltsbüro Sack,
 Leipzig, Brühl 2.

Sohlenleder billig!
 N. Flam, Katharinenstr. 14
 Laden Gina, Böttcherstraße.

Lindenauer Lichtspiel-Haus
 Nur Lützner Strasse 19
 Nur 3 Tage! Heute bis Donnerstag!
Bruno Kastner — Hanni Weisse
 in dem 6aktigen Sensationsfilm-Roman
 von Hans Land.
Alfred von Ingelheims.
 6 Akte. Lebensdrama. 6 Akte.
 Außerdem das brillante Lustspiel:
O, du armer Jonathan!
 Dazu das glänzende Belprogramm.
Freitag: Lepain, 6. Teil.



Gastspiel in der **Albertthalle**
 — Kristallpalast —

Eröffnung
 Mittwoch **16. März** abends 7½ Uhr
 Der klassische Circus-Spielplan!
20 Attraktionen 20

Cirth-Althoff's
 herausragende Meister-Dressuren

Gute Nacht
 die Weltberühmte Schöne Gräfin und ihre Blumenkinder

Der Wunder-Hoghi
 Etwino in seiner eingerückten Fassettierung

Lebendig begraben
 Der Wunder-Hoghi wird vor den Augen des Publikums regelrecht begraben und steht ohne Luftzufuhr längere Zeit unter der Erde — • • • Leistung von außerordentlicher Wirkung • • •

Martha Mohnle — Carl Hes
 die berühmte deutsche Schauspielerin Hohe Schule auf "Prinz"

* Im Reiche des Porzellans
 moderne Porzellankunst von Ballermann's Katalog 150 Mitwirkende

Bevor Maria Augusta das Glücksen bei Meller Möller — Die Geisterstunde — Die See erweckt die Bildwerke zu Leben und Tanz — Der eisende Kopfhaarschmuck — Solo der kleinen Schauspielerinnen Gisela, Anna

Hypnose
 am lebenden Tier und sein breitiges Bande-Personal

Die gewaltige Sensation

Der lebende Steinbruch
 des Eisenkönig Breitbart

Großes Serpentinenballet zu Pferde
 Eine Originalschöpfung!

Meister Albas, der berühmte Kopfläufer auf dem Drahtseil

Edouard Dubois Clara Weisse und Partner Schauspieler in höchster Vollendung

Preise der Plätze
 ein 1. 20,- 2. 15,- 3. 12,-
 11. 8,- 12. 6,- 13. 4,- 14. 3,- 15. 2,- 16. 1,- 17. 1,-
 Benutzen Sie Vorrestaur. Warenhaus von Girms-Reit, Übersee